

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag** in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

**Insertenpreise:** Die 7spaltige Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Vorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M. Kellame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Moskauer Delegation für Halle.

Das Rigaer Telegramm, das die Entsendung der Moskauer Delegation für Halle ankündigt, hat folgenden Wortlaut:

Hiermit geben wir Ihnen bekannt, daß das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale beschlossen hat, auf Ihrem außerordentlichen Parteitag in Halle die Genossen Sinowjew und Budarin als seine Vertreter zu entsenden. Wir wandten uns an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, den genannten Genossen die Einreise und zeitweilige Anwesenheit in Deutschland zu erlauben. Wir ersuchen Sie, diese Schritte zu unterstützen und unsere Vertreter zur Einreise nach Deutschland zu verhelfen. Dies ist um so mehr Ihre Pflicht, als die Mitglieder Ihres Zentralkomitees Dittmann und Crispian, welche die Möglichkeit hatten, Moskau und Petrograd zu besuchen, nunmehr auf Schritt und Tritt die Beschlüsse verdrängen, die auf dem Zweiten Kongress der kommunistischen Internationale angenommen wurden. Es ist Ihre Pflicht, uns zu helfen den wahren Geist der Beschlüsse der kommunistischen Internationale kundzutun. Wir erwarten Ihre baldigste Antwort.

30. September 1920.

gez.: Sinowjew.

Es versteht sich von selbst, daß das Zentralkomitee alles tun wird, damit die deutsche Regierung die Einreiseerlaubnis für die beiden russischen Delegierten erteilt. Die Unterstellung, daß die Genossen Dittmann und Crispian die Bedingungen verdrängt hätten, brauchen wir nicht zurückzuweisen.

### Die Landarbeiterbewegung in Italien.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Weisige Zeitung meldet, wie am 4. Oktober aus Rom: Die Befreiungsmacht hat auf die Bauern in Sizilien übergegriffen. Ungefähr 2000 Feldarbeiter wurden in Sizilien, hauptsächlich von Pesterone und katholischen Volksparteien, feierlich befreit. Die Befreiung der Güter von Palermo nahm fast eine mittelalterliche Form an. 2000 Veteranen der katholischen Partei rückten, mit zahlreichen Nationalfahnen in der Hand, zu Pferde vor, von einer ungeheuren Menge von Frauen, Greisen und Kindern begleitet. Ein Mann namens Brancatelli ritt an der Spitze mit dem Kreuz in der Hand. Weisliche Szenen spielten sich auch an anderen Orten ohne Zwischenfälle ab.

### Gemeinderatswahlen in Italien.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet am 5. Oktober aus Basel: Aus Rom wird berichtet: Nach den bis jetzt von 11 italienischen Gemeinden vorliegenden Resultaten der Gemeinderatswahlen wurden 475 Angehörige der Verfassungspartei, 296 Sozialdemokraten und 237 Mitglieder der katholischen Volkspartei gewählt. In den meisten Provinzen Italiens, einschließlich Rom, erlangten die Verfassungsparteien die Mehrheit. Dagegen haben die Sozialdemokraten in der Provinz Emilia in Toscana sowie in verschiedenen Bezirken der Lombardie gesiegt. Die Katholiken gewannen in einzelnen Provinzen Siziliens sowie in mehreren Provinzen Venetiens einschließlich Venedig die Oberhand.

### Eine neue Partei in Ungarn.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Ungarn bereitet sich eine neue Parteibildung vor. Der Staatssekretär im Ministerialrats-Präsidium Stefan Kovacs, hielt gestern vor seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht, in dem er erklärte, die jetzige Regierung bedeute eine ultramontane Gefahr, gegen die die Protestanten, die von jeher für die Freiheit gekämpft haben, aufstehen müssen. Kovacs sprach sich dann für ein nationales Königtum aus, aber gegen die Wiederkehr der Sehsburger. Kovacs verfügt in der Partei der kleinen Landwirte über einen großen Anhang. Er will mit seinem Kubana aus der Regierungspartei austreten und hat den stärksten Kampf gegen die jetzige Regierungsmehrheit erklärt. Gleichzeitig gab er seine Demission als Staatssekretär.

### Gefährdung des englisch-russischen Handelsabkommens.

London, 4. Oktober. Times schreibt, die russische Handelsdelegation habe wegen der Verzögerung des Abschlusses des englisch-russischen Handelsvertrages gewisse Beschränkungen. Am 24. September wurde die Delegation benachrichtigt, daß ihr die Bedingungen des Vertrages am 27. September mitgeteilt werden würden. Bisher sind sie ihr jedoch nicht zugegangen. Die Delegation schreibt die Verzögerung den Gerüchten über eine antibolschewistische Bewegung in Russland zu und dem Umstande, daß die Bolschewiken zwar im Prinzip der Bezahlung gewisser Schulden, nicht aber den Forderungen der Banken und anderer großer Finanzinstitute zugestimmt haben.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Tempsmeldung aus London sollen Kontakte, die Krassin mit englischen Handelskäufern anstellt hatte, annulliert worden sein.

London, 5. Oktober. Wie Morning Post und Times melden, ist in dem Entwurf des englisch-russischen Handelsabkommens vorgesehen, daß die englische Regierung sich verpflichtet, nichts zu unternehmen oder anzuregen, was zur Befreiung des russischen Goldes führen würde oder zur Bezahlung, es auszuführen. Die englische Regierung soll auch die Verpflichtung übernehmen, das in keiner Weise über die russischen Fonds der alten russischen Regierung in London verfügt würde.

### Frankreich fordert Annullierung des österreichischen Abstimmungsbeschlusses.

Dem Neuen Wiener Tagblatt wird aus Genf gemeldet, daß die französische Regierung beschloffen habe, von der deutsch-österreichischen Regierung in aller Form die Annullierung des Beschlusses der Wiener Nationalversammlung auf Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland zu verlangen. Eine anderweitige Befestigung der Nachricht liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

### Neue Steuern in Sicht!

München, 6. Oktober. (M.) Die Münchener Zeitungen bringen eine Meldung aus den Münchener führenden Finanzkreisen, wonach der Reichsfinanzminister ein großes Steuerprogramm in Ausarbeitung hat, welches zur Zeit bereits fertiggestellt ist und eine neue Steuererhebung in Höhe von 15 Milliarden Mark ergeben soll. Eine dieser Steuern ist die Wohnungssteuer, ferner glaubt man an eine neue Besitzsteuer und auch an eine Steuer auf Wertpapiere.

### Bayerische Beschwerden.

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt berichtet am 5. Oktober aus München: Im Besoldungsausschuß des bayerischen Landtags erklärte Finanzminister Dr. Krausneck, das neue Reichsbesoldungsgesetz richte besonders mit seiner Titelerhöhung in Bayern eine ungeheure Verdüsterung an. Bayern trage keine Schuld an den Differenzen mit den Verkehrsbeamten. Die weitere Mitteilung, daß das Reich ein Sondergesetz für die Besoldungsordnung vorbereitet, um die Auszahlung höherer Gehälter als der vom Reich vorgegebenen zu verhindern, rief bei allen Parteien des Ausschusses stärksten Widerstand hervor.

### Die Haftentlassung Eisenbergers abgelehnt.

München, 6. Oktober. In der heutigen Sitzung des Geschäftsausschusses des Landtags wurde ein Antrag der USP, auf sofortige Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger mit allen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Dieser Beschluß des Landtagsausschusses legt dem Landtagspräsidenten Veranlassung, dem kommunistischen Abgeordneten die Krone aufzusetzen und eine einseitige schändliche Mißachtung der Immunität des Abgeordneten und dazu ein brutaler Tendenzprozeß. Eisenberger soll auf gewaltsamen Sturz der Verfassung aufgeführt werden. Wir lassen das dahingestellt. Wir oft aber die Anwälte der Kriegspartei das selbe strafflos getan haben, das wird kein Statistiker mehr feststellen können, weil die Zahl solcher Aufforderungen zum Umsturz nach rechts zu groß ist.

### Wüste antisemitische Ausschreitungen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus München: Der bekannte Sozialforscher Dr. Magnus Hirschfeld hielt in München einen Vortrag über die Steinachische Verdingungstheorie. Die Veranstaltung wurde von deutschvölkischen Elementen durch wüste Tumulte antisemitischen Charakters gestört. Nach dem Vortrag wurde Dr. Hirschfeld auf der Straße von einer Horde junger Burken überfallen und so schwer mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Streik in einem Berliner städtischen Elektrizitätswerk.

Berlin, 5. Oktober. Die Kesselheizer im städtischen Elektrizitätswerk Moabit sind wegen Streitigkeiten über die Arbeitszeit heute in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Berliner Straßenbahnen ist dadurch lahmgelegt.

Berlin, 6. Oktober. Infolge der Stilllegung des Elektrizitätswerks Moabit waren gestern in der 10. Abendstunde die Leipziger Straße, der Hausvogtelplatz, der Spittelmarkt, die angrenzenden Straßen nach dem Haselischen Tor, dem Tempelhofer Feld und bis nach Reußhöfen und nach der andern Richtung bis über die Linden hinaus ohne jeden Straßenbahnverkehr. Die Morgensblätter konnten nicht in gewohnter Weise erscheinen, da ein früherer Redaktionsschluß eintreten mußte, um die Drucklegung sicherzustellen; ein Teil der Blätter konnte überhaupt nicht erscheinen. Heute vormittag werden im Rathaus Besprechungen veranstaltet, von deren Ausgang es abhängen wird, ob der Streik fortgesetzt wird oder nicht.

### Die Besatzungsbehörden gegen die bewaffneten polnischen Banden.

Kattowitz, 5. Oktober. Die Besatzungsbehörden in Polen sind gegen die logenartigen Oriswehren und sonstigen wilden Polizeiformationen energisch auf. Die Polen in den Grenzbezirken leisten aber dem Widerstand der blauen Polizei besonderen Widerstand. In Kattowitz ist es in der gemeinsamen Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats mit dem französischen Kreiskommandanten, der den Befehl überbrachte, daß die blauen Polizei ihren Dienst sofort wieder aufnehmen und die einseitige polnische Polizei zurücktreten oder sich, soweit sie dazu geeignet, der ordnungsmäßigen Polizei zur Verfügung stellen solle, zu wüsten Austritten gelassen. Die polnische Fraktion lehnte unter großem Lärm die blauen Polizei für Kattowitz ab und drohte mit Aufruhr. Vergeblich gab der französische Kommandant Ruhe. Als ein polnischer Stadtverordneter durch den Saal lief: „und wenn ich meine Familie unglücklich mache, ich schicke sie in die Blauen, den ich auf der Straße treffe, über den Haufen!“, verließ der französische Kommandant den Saal unter dem Loben der Polen, das sich bis auf die Straße fortsetzte und dort Zusammenrottungen hervorrief.

Gestern erließen die blauen Polizei in Kattowitz, von französischen und Abklimungs-Offizieren empfangen und nach dem Polizeigebäude geleitet, das von der polnischen Ortswehr, halb-wüchtigen Burken sofort geräumt wurde. Zusammenrottungen auf den Straßen wurden von französischen Militär auseinandergetrieben. In Kattowitz ist die Lage wieder sehr gespannt. Auch in Boguschnitz lehnten die Polen die Rückkehr der blauen Polizei schroff ab und fordern deren Auflösung in ganz Oberschlesien.

### Die Lage im Ruhrrevier.

Von R. Otter (Bochum).

Das Ruhrrevier ist das Herz der deutschen Republik. Ohne den Ruhrbergbau wäre Deutschland zur Ohnmacht verdammt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wurde durch die Ruhrbergarbeiterschaft seit jeher beeinflusst, und es wird nach Lage der Sache auch noch für absehbare Zeit so bleiben, da die Kohle des Ruhrbergbaus nach wie vor die Hauptrolle im deutschen Wirtschaftsprozess spielt.

Weil dem so ist, darum richten sich alle Augen des übrigen Deutschland und darüber hinaus nach dem Ruhrrevier, und suchen zu erkunden, was hier vor sich geht und welche Stellung die 500 000 Ruhrbergarbeiter zu den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen einnehmen. Auf Grund des Spa-Abkommens muß das Ruhrrevier allein nicht weniger wie 1 703 000 Tonnen Kohlen monatlich an die Entente bereitstellen. Die Ruhrbergarbeiter haben die große Gefahr, die eine etwaige Nichtablieferung, d. h. Nichterfüllung des Spa-Abkommens nach sich ziehen würde, erkannt und sehen ihre letzte Kraft ein, um Schlimmeres, die Befreiung des Ruhrreviers durch Ententeheere zu verhindern. Mit der Befreiung des Ruhrreviers würde das Grubenkapital wieder obenauf gelangen, und die Träume des Kölner Zentrums, die Ausrufung einer rheinischen Republik würde unter der Macht der fremden Heere in unmittelbare Nähe gerückt. Diese Träume und den Wunsch, der durch Sinnes in Spa zum Ausdruck kam, haben die Ruhrbergarbeiter durchschaut und durch die intensive Kohlenförderung zum Säkern gebracht. Sie haben auch erkannt, daß mit dem Moment, wo die fremden Heere im Ruhrrevier ihren Einzug hielten, an die Sozialisierung des dafür überreife Ruhrbergbaus nicht gedacht werden könnte. Das sind alles Momente, die die Ruhrbergarbeiter sehr ernst gestimmt haben und die gesteigerte Kohlenproduktion ist nach diesem Gesichtspunkt zu beurteilen.

Die Kohlenförderung der Ruhrzechen betrug in den Monaten Juli 1920 7 504 168 Tonnen, im Monat August 1920 7 484 851 Tonnen gegen 6 518 894 Tonnen im August 1919. Der Monat August 1920 hatte einen Arbeitstag weniger wie der Monat Juli. Arbeitstäglich werden 300 000 Tonnen Kohlen aus dem Ruhrbergbau gefördert. Rund um eine Million Tonnen monatlich ist die Kohlenproduktion im Ruhrbergbau gegen das Vorjahr gesteigert worden.

Zur Zeit befinden sich die Ruhrbergarbeiter in einem tariflosen Zustand. Die Bergarbeiterorganisationen haben den Lohnstarif, da die nach dem Tarif gezahlten Löhne für die Bergarbeiter nicht ausreichen, zum 1. September gekündigt. Der Haueroohn, der bestbezahlten Gruppe, beträgt etwa 50 M. die Schicht. Die Bergarbeiterorganisationen haben eine Lohnerhöhung um 6 M. pro Schicht für die Untertage- und von 75 Pfg. für die Stube für die Ubertagearbeiter gestellt. Die Grubenbesitzer, obwohl sie ihre Geldbäde bis zum Platzen mit Geld gefüllt haben, lehnen die Lohnerhöhung ab. Wie früher, so auch jetzt, stellen sie sich auf den Standpunkt: ohne Kohlenpreiserhöhung keine Lohnaufbesserung. Sie spielen solange mit dem Feuer, bis die Ruhrbergarbeiter wie früher sich wie ein Mann erheben und für die sofortige Sozialisierung des dafür überreife Ruhrbergbaus alles einsehen. Die Werksbesitzer spielen solange mit dem Feuer, bis sie sich daran verbrennen. Und das ist gut so.

In ganz Deutschland würde es niemand verhehen können, am allerwenigsten die Ruhrbergarbeiter nicht, sollte auf Grund der geringen Lohnerhöhung den Grubenbaronen eine Kohlenpreiserhöhung von der Regierung zugefunden werden. Einmal muß den Expropriateuren Halt geboten werden, einmal muß das Maß doch überlaufen. Wird die Regierung dennoch wagen, die gefüllten Geldbäde der Grubenkapitalisten durch eine neue Kohlenpreiserhöhung noch besser zu füllen?

Die Sozialisierung des Ruhrbergbaus muß unbedingt in Angriff genommen und so bald wie möglich durchgeführt werden. Der Versailler Friedensvertrag verlangt von Deutschland die Kohlenlieferung, während die Kohle ein privatkapitalistisches Monopol ist. Es wird somit von der deutschen Nation etwas gefordert, über das sie kein Verfügungsrecht hat, über das nur die deutschen Kapitalisten zu befinden haben. Ein Zustand, der auch nicht eine Stunde länger ertragen werden kann. Das Verfügungsrecht über die Naturschätze, die im deutschen Boden ruhen, darf der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft nicht länger belassen werden. Das Verfügungsrecht über die Naturschätze steht einzig und allein der deutschen Nation, dem deutschen Volke zu. Der Kampf um die Sozialisierung des Ruhrbergbaus wird in den nächsten Wochen und Monaten im Ruhrrevier mit aller Macht einsehen. Er wird erfreulicherweise andre Formen annehmen, wie der Sozialisierungsgebäude, der nach Ausbruch der Revolution im Jahre 1919 im Ruhrrevier sich auswirkte.

Der Kampf, der um die Durchführung der Sozialisierung zwischen Arbeit und Kapital demnächst im Ruhrrevier durch-

gefordert werden muß, wird hart und schwer sein, und seine Formen lassen sich heute nur ahnen. Unvorbereitet wird er die Ruhrbergarbeiter nicht vorfinden. Trotz der erst kurzigen Tätigkeit, die die Betriebsräte auf den Ruhrgebiets hinter sich haben, hat sie ihnen Erfahrung, Kenntnisse und Einblicke in die Bergbauverhältnisse gewährt, die die Durchführung der Sozialisierung wesentlich erleichtern werden. Seit der Tagung des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf wird es im Ruhrrevier von Tag zu Tag leuchtender. Nicht etwa in Streiks oder Putsch, sondern in nächster, klarer, aber zielbewusster Ueberlegung, der Dinge wartend, die da nun kommen werden, bereitet sich die Knappenschaft vor. Allen Bergarbeiterorganisationen voran, hat der alte Bergarbeiterverband die Sozialisierungsfrage von neuem aufgerollt und auf der letzten Tagung in Bochum, auf der alle Bezirke Deutschlands vertreten waren, einmütig das Signal zum Vormarsch in der Sozialisierungsfrage gegeben. Das Signal lautet: Sofortige Sozialisierung des Bergbaus unter völliger Ausschaltung des Privatkapitals. Wurde dieses Signal von den Ausgebeuteten einmütig und freudig aufgenommen, so erregte es, wie nicht anders zu erwarten war, bei den Ausbeutern mächtigen Knurren und Wutreden. Ihr Grollen ist der beste Beweis dafür, daß sie die Sozialisierung fürchten und sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen werden. Noch ist die Durchführung der Sozialisierung nicht da, noch sind die großen Widerstände, die die Bourgeoisie ihr entgegenzusetzen vermag, nicht überwunden. Aber der revolutionäre Wille und die elementare Kraft des Proletariats wird über alle diese Widerstände hinwegschreiten. Der Wille des Volkes wird siegen. Welche Formen der Kampf um die Sozialisierung annehmen wird, läßt sich im voraus schlecht sagen; es hängt alles von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, der Geschlossenheit des Proletariats sowie von den Widerständen der Goldsünnige ab.

Während so die Bergarbeiter im Ruhrrevier die Besetzungsvorparatungen füllen und das vorbereiten, was zur Durchführung der Sozialisierung notwendig ist, streiten sich unsere Genossen: „für oder gegen Moskau“. Richtig müßte es für oder gegen die Moskauer Bedingungen heißen. Während in Deutschland die eigentliche, die soziale Revolution vor der Tür steht und von dem deutschen Proletariat durchgeführt werden muß, erwarten die Befürworter der Bedingungen alles Heil von Moskau! Der Streit, den die Befürworter der Bedingungen angezettelt haben, wird hoffentlich keinen Schaden und kein Hindernis im Befreiungskampf anrichten dürfen. Es hat aber jetzt schon den Anschein, und wenn nicht bald Barmherzigkeit und Einsicht in unsere Reihen eintreten, so könnte das Proletariat um die Erfüllung der wichtigsten Forderung, um die Sozialisierung des Bergbaus, um die Expropriation der Expropriateure, um die Frikte, auf die es seit Jahrzehnten die ganze Hoffnung gesetzt hat, gebracht werden. Wer trägt die Verantwortung dafür?

Wir in Deutschland müssen selbst die Revolution zu Gabe führen und daher ist es unverantwortlich, heute für oder gegen Moskau zu streiten und die Kraft des deutschen Proletariats zu schwächen. Sollte der Kampf, der in den nächsten Wochen oder Monaten für die Sozialisierung in ganz Deutschland einsetzt, durch den Streit beeinträchtigt werden, so tragen für die Folgen diejenigen die Verantwortung, die alles Heil von Moskau erwarten, durch ihr Vorgehen das deutsche Proletariat in seiner Aktionsfähigkeit schwächen und so die notwendige deutsche Revolution hintertreiben.

## Die Finanzkonferenz in Brüssel.

### Kommissionsarbeit. — Wägere Ergebnisse.

Brüssel, 5. Oktober. Die Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschlüsse. Die Arbeiten der Ausschüsse für öffentliche Finanzen, Wechsel und internationalen Handel sollen bereits weit vorgeschritten sein. Eine ermächtigte Persönlichkeit bestätigt, daß die Formeln, die die drei Ausschüsse aufstellen würden, theoretischen Charakter haben und in keiner Weise die Urheber verpflichten würden. — Die Agentur Havas glaubt zu wissen, daß man den Völkerbund um seine Intervention bei den Regierungsmächten zwecks Abbaus der Wäntzen gebeten habe. In dieser Angelegenheit werde aber in dem Ausschuß unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Collier noch verhandelt, so daß man greifbare Ergebnisse erwarten dürfte. Die Notwendigkeit der Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus sei von der Konferenz anerkannt worden, und man suche jetzt nach Modalitäten dieses Organismus. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieser der Einrichtung des internationalen Arbeitsbureaus entsprechen werde, wie er in Genf tagt.

Paris, 5. Oktober. Die Agence Havas verbreitet aus Brüssel heute die Nachricht, die Mitglieder der Finanzkonferenz hätten in den Meldungen aus Berlin und Paris über eine eventuelle wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland eine Rechtfertigung der Anstrengungen, die die Konferenz gemacht habe, um die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen in Europa und der ganzen Welt zu erleichtern. Es sei nicht erkrankt, daß gewisse Gerüchte allmählich aufgenommen würden, wie das, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in der nächsten Zukunft könne eine der Folgen der Brüsseler Konferenz sein.

### Für Handelsfreiheit.

Brüssel, 4. Oktober. Der Ausschuß der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschlüsselung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

### Der amerikanische Finanz- und Wirtschaftsbericht.

Als letzte der auf der Konferenz vertretenen Mächte hat jetzt auch Amerika, wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, seinen Bericht über die Finanz- und Wirtschaftslage überreicht. Der Geist internationaler Solidarität kommt darin zum Ausdruck, daß, wo alles über die Ungunst der Verhältnisse und den Druck wirtschaftlicher Sorgen klagt, auch die Vereinigten Staaten nicht zurückbleiben wollen. So legt man mit einigem Erstaunen, daß in Amerika die Feuerung die gleichen verhängnisvollen Wirkungen gehabt hat wie in anderen Ländern, daß auch dort die Bevölkerung unter der Last außerordentlich schwerer Steuern leidet und diejenigen, deren Einkünfte mit der Preissteigerung nicht Schritt zu halten vermocht hatten, großen Entbehrungen ausgeht wären. Zum Beweis wird angeführt, daß infolge der sinkenden Kaufkraft der Einfuhrländer die amerikanische Exportindustrie sehr daniederliegt, daß Spinnereien geschlossen worden, Schiffsfabriken von obfliegen Abfertigung betroffen seien und die Seidenindustrie sich in schwerer Krise befinde. Dazu kämen Schmelzwerke aus ungenügender Kohlenproduktion. Immerhin gibt der Bericht zu, daß die Krise in Amerika mit derjenigen Europas nicht zu vergleichen sei.

Das zeigt auch ein Blick in das dem Bericht beigelegte, ein wenig spärliche Zahlenmaterial. Danach hat der Außenhandel die letzten Tage auf der Konferenz genannten Ziffern wesentlich

überschritten, die Ausfuhr im Jahre 1919 neben Ruenteil, die Einfuhr drei Ruenteil. Der Ausfuhrüberschuss beträgt rund vier Milliarden Dollar. Der Handel mit Deutschland beläuft sich auf 10 Milliarden Einfuhr, 22 Millionen Ausfuhr. Ein außerordentlich günstiges Bild zeigt der Staatshaushalt. Das Aufkommen aus direkten und indirekten Steuern betrug in dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Etatsjahr 5,7 Milliarden, dazu noch etwa 2 Milliarden aus Abgaben der Einzelstaaten, die Ausgaben betrugen 6,7 Milliarden, darunter 1,82 für Verzinsung und 2,3 Milliarden für Amortisierung der Schulden; die Gesamtschuld Ende 1919 25,8 Milliarden, davon nur 3,5 nicht konsolidiert. Nach den Absichten des Schatzamts soll die gesamte Kriegsschuld sobald wie möglich zurückgezahlt werden. Die Guthaben an auswärtige Regierungen belaufen sich auf 9,3 Milliarden.

Mit Ausnahme der Einfuhrabgaben und der Einfuhrbeschränkung für gewisse Farbstoffe sowie gegen das bolschewistische Ausland ist der gesamte Handels- und Geldverkehr mit dem Ausland völlig frei. Es sind Maßnahmen in Aussicht genommen, um einer weiteren Kredit-Inflation Einhalt zu tun und die Sparlichkeit zu fördern.

## Die Spaltung in Württemberg.

Ueber die Tagung der Landesversammlung der württembergischen USP in Stuttgart, auf der es zum Auszug der Gegner des Moskauer Mittels kam, wird aus Stuttgart berichtet:

Die außerordentliche Landesversammlung sollte zu den Moskauer Aufnahmebedingungen und zur Wahl von Delegierten zum Parteitag Stellung nehmen. Nach der Eröffnung der Landesversammlung wurde plötzlich von Anhängern der Moskauer Aufnahmebedingungen verlangt, daß auch die Neuwahl des Landesvorstandes vorgenommen werden sollte. Vergeblich wurde gestand gemacht, daß bis zur Stunde kein Mensch die Neuwahl des Landesvorstandes verlangt habe, daß die Genossen im Lande deshalb auch gar keine Veranlassung hätten, vor der Bekleidung der Landesversammlung zur Neuwahl des Landesvorstandes Stellung zu nehmen und daß nach dem Parteitag von Halle die ordentliche Landesversammlung die Neuwahl des Landesvorstandes vorzunehmen habe. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen setzten ihren Willen durch. Darauf verlangten Mitglieder des Landesvorstandes, vom Landesvorstand vor der Neuwahl einen Bericht über die Tätigkeit des Landesvorstandes entgegenzunehmen. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen setzten es durch, daß auch dies billige Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt wurde! Nun hat der Vorsitzende des Landesvorstandes die Landesversammlung um Unterbrechung der Verhandlungen auf eine halbe Stunde. Der Landesvorstand habe das Bedürfnis, sich über die neue Situation auszusprechen. Auch dieses Ersuchen wurde glatt abgelehnt! Prompt wurde ferner auch das Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt, die Delegierten zum Parteitag in Halle nach dem System der Verhältniswahlen wählen zu lassen!

Nach diesen fortgesetzten Vergewaltigungsaktionen der Minderheit der Landesversammlung durch die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen war kein Zweifel mehr daran möglich, daß die Moskauer ihre augenblickliche Macht auf der Landesversammlung skrupellos dazu mißbrauchen wollten, sich bevor die württembergischen Genossen und die Gesamtpartei gesprochen haben, des Parteiapparates und der Zeitung zu bemächtigen, um den Kommunisten ein Angebinde mitzubringen und die USP Württembergs so viel wie möglich zu schwächen und zu lähmen. Es ist bezweifelhaft, daß zwei Mitglieder der höchsten Instanzen unserer Partei, Kimmle und Wötter, die Führer der Gewalttäter waren. Landesvorstand, Kontrollkommission, Wahlkommission und zwei Redakteure verließen die Landesversammlung, die schon ganz nach dem Moskauer Diktat arbeitete. 44 Delegierte aus allen Teilen des Landes schlossen an. Insgesamt verließen 68 Teilnehmer die Landesversammlung, außerdem viele Gäste.

Die sogenannte Linke hat dann nach dem Auszug ein Referat Steders entgegengenommen und einstimmig für das Moskauer Diktat referiert. Kupper wurde eine „Erklärung“ einstimmig beschloßen, in der das Beharren ausgesprochen wurde, daß die Minderheit die Konferenz verlassen hat und betont wird, die Minderheit müsse sich den Mehrheitsbeschlüssen fügen. Ein Antrag Wötter begrüßt den Beschluß des Moskauer Exekutivkomitees wegen der Entsendung zweier Exekutivmitglieder nach Halle und fordert das Zentralkomitee auf, die Eintrittserlaubnis zu erwirken.

In einer vollen Entscheidung wird gefordert, daß das Organ der USP, der Sozialdemokrat, prinzipiell und latente im Sinne des Mehrheitswillens, der Anführerbestimmter, registriert und von dem neuernannten Landesvorstand und der Wahlkommission die Haltung in diesem Sinne überwacht und gegebenenfalls in entsprechender Weise eingeschritten wird.

Die 44 ausgeschiedenen Delegierten haben nach einem Referat des Genossen Crispian eine Resolution gegen die Moskauer Bedingungen gefaßt und dann einstimmig folgende Erklärung beschloßen:

1. Die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie gründet sich auf den freiwilligen Zusammenschluß derer, die die Grundzüge des Parteiprogramms der U. S. P. D. anerkennen. Diese Genossen haben dem Landesvorstand und den Genossen in den übrigen leitenden Stellen, sowie den Genossen, die als Gemeinderäte und Abgeordnete tätig sind, ihre Mandate übertragen.

2. Die Delegierten zur außerordentlichen Landesversammlung, die auch heute noch das Parteiprogramm anerkennen, stellen fest, daß sich die übrigen Delegierten durch ihre Anwesenheit und durch ihr Verhalten auf der Landesversammlung außerhalb der Partei gestellt haben und daher als Mandatgeber auscheiden.

3. Sie beauftragen den bisherigen württembergischen Landespartei und sprechen ihm ausdrücklich ihr vollstes Vertrauen aus. Ferner beauftragen sie die Mandate der Genossen, die in den Gemeinderäten und abgeordneten Körperschaften tätig sind, soweit diese das Parteiprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie anerkennen und sprechen dem Landessekretär Schenkerle, sowie den beiden Redakteuren Schuler und Schwab ebenfalls ihr vollstes Vertrauen aus.

4. Die Delegierten fordern den Landesvorstand auf, sobald als möglich eine Landesversammlung einzuberufen und hierzu Vertreter aller auf dem Boden der Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands lebenden Ortsgruppen des württembergischen Landes einzuladen.

5. Sie fordern die Genossen im Lande, die von denen, die sich außerhalb der Partei gestellt haben, terrorisiert wurden, auf, unverzüglich an den Neuaufbau der Organisation zu gehen.

Die geschichtliche Mission der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ist noch nicht erfüllt, sie wird sich auch weiterhin der ihr von der Geschichte übertragenen Aufgaben unterziehen: Sammelrind und Bannerträgerin des deutschen sozialistischen revolutionären Proletariats zu sein.

Die Delegierten, die auf dem Boden der Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, scheiden von den übrigen Delegierten mit dem Gelübnis, alles zu tun, um der Sache der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, die zugleich Sache der proletarischen Revolution ist, zum Siege zu verhelfen und konstituieren sich als die eigentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie!

Es lebe die proletarische Revolution!

Stuttgart-Canstatt, den 2. Oktober 1920.

Die Delegierten der außerordentlichen Landesversammlung der U. S. P. Württembergs, die auf dem Boden der Grundzüge der U. S. P. D. und dem Organisationsstatut der württembergischen Landesorganisation stehen.

Das Zentralkomitee zu den Vorgängen in Württemberg.

Das Zentralkomitee hat am 4. Oktober dem Landessekretariat Württembergs folgendes Telegramm überandt:

„Das Zentralkomitee der U. S. P. D. erkennt die Neuwahlen der Rumpflandesversammlung in Schwabenbräu zum Landesvorstand nicht als rechtmäßig an. Für uns kommt nur alter Landesvorstand in Betracht. Zentralkomitee.“

## Pflege des alten preussisch-deutschen Militärgewisses.

Als eine Nothilfe wurde es in den Kreisen aller einigermaßen fortschrittlich Gesinnten innerhalb und außerhalb Deutschlands empfunden, daß die November-Revolution den Zusammenbruch des alten preussisch-deutschen Militarismus herbeiführte. Die ganze Kulturwelt atmete auf, als dieses blutbesetzte, stuhlbedeckte militärische System in der Besetzung verfiel. Leider hat die November-Revolution dem Militarismus nicht vollständig den Garaus gemacht. Unter der liebevollen Pflege eines Nothelfers ist er künstlich wieder großgepflegt worden und Noskes Nachfolger geben sich die redlichste Mühe, ihn auch wieder voll und ganz mit dem alten Geiste zu erfüllen. Einen neuen Schwelger für dieses Bestreben liefert ein Befehl des Generala v. Seckert, der im Vormärts veröffentlicht wird und in seinem wesentlichen Teile also lautet:

Rw. Min. Nr. 208/9. 20. T. 2. II.

Chef H. L.

1. Wehrkreisdo. I—VII.

1.—3. Kav.-Div.

Wahrung der Ueberlieferung.

Zu Refsg. vom 5. 8. 20 Nr. 2008/7. 20. T. 2. II.

Nachdem das Reichsheer gebildet ist, soll festgesetzt werden, durch welche neu errichteten Truppenteile die Ueberlieferung des Verbände des alten Heeres gewahrt werden soll.

Außerdem soll das dadurch zum Ausdruck kommen, daß

1. die Kompanien usw. Bezeichnungen führen sollen, die an den Truppenteile erinnern, dessen Ueberlieferung sie pflegen sollen

2. daß die Mannschaften wie im alten Heere angesprochen werden. Vergl. Anmerkung zu Z. IXa der Refsg. vom . . . 9. 20 Nr. 32. 7. 20 T. 2 (H. V. Bl. 20 Seite . . .)

3. die Angehörigen der Verbände ein Abzeichen tragen, das an den Truppenteil des alten Heeres erinnert,

4. besondere Erinnerungsgelächern verliehen werden, z. B. Mäntel usw.

Das Abzeichen der Uniform (3) soll bestehen in . . . (V 3 bitte ausfüllen).

Die Wehrkreisbefehle und die Kavallerie-Divisionen legen bis zum 1. 2. 1921 Ueberlieferungen nach umstehendem Muster vor.

Wozu wird darauf gelegt, daß möglichst die Ueberlieferungen sämtlicher Truppenteile des alten Heeres gepflegt werden. Die Truppenteile des früheren XV. A. R. sind vom Wehrkreisbefehl 1V und VI im gegenseitigen Benehmen zu berücksichtigen.

Zusatz für VA und V 3.

Erlaß einer Verfügung wegen Uebernahme der Stützungen der Truppenteile des alten Heeres usw. wird anheimgestellt. Beteiligung erbeten.

Angehängt an diesen Entwurf ist noch eine Tabelle zur Ueberlieferung, wie die unterschiedlichen Truppenteile die Ueberlieferung des alten Heeres pflegen sollen.

So arbeiten also die verantwortlichen leitenden militärischen Stellen, deren Aufgabe es eigentlich sein müßte, die Truppen mit republikanischem Geiste zu erfüllen, planmäßig daran, den Geist des alten Heeres auf die Reichsheer zu übertragen und ihn dort zu pflegen. Freilich darf man vom Diktator keine Freigabe und willkürlichen Offizieren keine republikanische Erziehung im Heere erwarten. Der Vorgang zeigt nur erneut, daß der neue „republikanische“ Militarismus genau so schief betätigt werden muß wie der alte monarchistische.

## Das Arbeitslosenland in Deutschland.

In einer Denkschrift, die demnächst im Reichsarbeitsblatt erscheinen wird, ist nach dem Hinweis darauf, daß die Bevölkerung des nach dem Versailler Friedensvertrag neu begrenzten Deutschen Reiches innerhalb einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen die von Lohnarbeit lebenden Arbeiter in der statistischen Zahl von 20 Millionen vertreten sind, die 21 Millionen Angehörige haben. Ueber die Arbeitslosen zahlen wird gesagt:

„Die Zahl der vollbeschäftigten, die Erwerbslosenunterstützung bezogen, betrug Anfang des Jahres 1919 insgesamt 1.100.000. Sie ging alsdann ständig zurück und erreichte ihren tiefsten Stand — 270.000 Erwerbslose — am 15. Juni d. J. Die schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens im Frühjahre haben nunmehr ein fortgesetztes Anschwellen zur Folge gehabt. Am 1. September wurden 419.785 vollbeschäftigte gemeldet. Die Steigerung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach fortsetzen, sobald die faste Witterung zum Erliegen einzelner Saisongewerbe führt und der unvermeidliche Rohstoffmangel in noch stärkerem Maße als im Vorjahre zu weiteren Betriebseinstellungen und -einschränkungen zwingt. Neben den 419.785 vollbeschäftigten wurden deren Familienmitglieder in einer Zahl von 387.615 Personen unterstützt.“ Hierzu kommen die nicht vollbeschäftigten, die sogenannten Kurzarbeiter.

Allgemeine Zahlen über die Kurzarbeiter, die Erwerbslosenunterstützung empfangen, liegen nicht vor. Ihre Zahl wurde Anfang Juni, also vor Ausbruch der Krise, auf 100.000 Personen geschätzt. Sie dürfte Anfang September die Ziffer der Erwerbslosen erheblich überschritten haben. Die Kosten der Erwerbslosenunterstützung beliefen sich im Monat August auf 82,5 Mill. M. Bei weiterer Vergrößerung der Erwerbslosigkeit wird der Aufwand nicht proportional mit der Erhöhung der Erwerbslosenziffern steigen, sondern wesentlich stärker, da in den nächsten Monaten in erhöhtem Maße mit einer Arbeitslosigkeit verarbeiteter Arbeitnehmer zu rechnen ist. Sämtliche bisher genannten Zahlen betreffen nur die Arbeitslosen, die aus öffentlichen Mitteln Erwerbslosenunterstützung erhalten haben und daher in der Hauptsache zahlenmäßig erfasst werden konnten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weit größer.

Am Juli 1920 betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 1.118.912; unter ihnen waren 834.731 Männer und 284.181 Frauen.

Gegenüber diesen Arbeitslosenziffern ist die bisherige Arbeitslosenfürsorge kaum gleich einem Tropfen auf einen heißen Stein. Insgesamt sind bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 136 Mill. M. bewilligt und damit 90.000 Erwerbslose auf die Dauer von 4—5 Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen worden. Und die Denkschrift weist darauf hin, daß der produktiven Arbeitslosenfürsorge nur eine enge Wirkungsmöglichkeit gegeben ist. Man wird also kaum mit einem wesentlichen Ausbau dieser Einrichtung zu rechnen brauchen, womit das Arbeitslosenland nicht nur auf lange Zeit fortbestehen, sondern für die nächsten Monate noch weitere Steigerungen erfahren wird. Und der Staat steht dieser katastrophalen Tatsache ohnmächtig gegenüber. Er muß ihr solange ohnmächtig gegenüberstehen, als die Sabotage gegen Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiter weiter betrieben wird.

Berlin, 4. Oktober. W. T. W. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Sept. in geringem Umfange zurückgegangen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. September 1920 805.888, der weiblichen Erwerbslosen 274.833, also insgesamt 1.080.721 gegenüber 1.118.912 am 1. September und 1.161.615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373.999 Familienangehörige, die als Zulageempfänger unterstützt werden. Ihre Zahl betrug am 1. September 386.935. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stand vom 1. August ds. Js.

## Scharz-Prozesse.

Vor dem Berliner Schöffengericht wurde gestern gegen den Herausgeber der Weltbühne Jacobson verhandelt, der in seiner Zeitschrift im verflochtenen Jahr unter der Ueberschrift Sachkenner einen Artikel zum Fall Scharz gebracht hatte, durch den

Nach Georg Storz beleidigt fühlte. In diesem Artikel, dessen Verfasser, wie sich in der Verhandlung herausstellte, ein hoher Staatsbeamter war, wurde behauptet, daß der Herausgeber eines Wochenblattes, Steinthal, von Storz 200 000 Mk. dafür erhalten habe, daß er beständiges Material gegen Storz nicht veröffentlichte, obwohl er vorher an den Verfassern plakatiert hatte, daß in den nächsten Tagen der Fall Storz in der Zeitschrift ausgedrückt werden würde. Weiter wurde behauptet, daß ein Reichs-Pressechef als Leiter des Verlags für Sozialwissenschaften monatlich 1000 oder 2000 Mk. erhalten habe. Es wurde erzählt, daß Mitglieder der Regierung samt ihren Angehörigen, in den luxuriösen Schweizer Villen der Storz zu Gast gewesen sind. Schließlich wurde noch behauptet, daß Zollbeamte in Altkleider für das auswärtige Amt kostbare Lebensmittel erbeutet hätten, und daß Storz an einer Einflußverleihung, die sonst jedem verweigert wurde, Millionen verdient habe. Eine Einigung wurde von dem Befragten, dessen Vertretung Rechtsanwalt Nibel übernommen hatte, abgelehnt und für die Beweisaufnahme die von den Parteien genannten Zeugen mit Ausnahme der Herren Baumelster und Wesemann, zu haben Scheidemann soll kommissarisch in Kassel vernommen werden.

Im zweiten Teil war der verantwortliche Redakteur der Wahrheit, Rosthaus, angeklagt wegen eines mit Festungen auf Abbruch überschriebenen Artikels. In dieser Sache war der Oberpräsident Rostke als Zeuge kommissarisch vernommen worden. Die Grundtendenz des Artikels ging dahin, daß Rostke ein neofaschistischer Beschützer von Storz sein würde, während die Parteiführer in der Sache der Übertragung von Abdruckarbeiten auf den nach dem Friedensvertrag zu schließenden Festungen, Rostke hat demgegenüber unter seinem Eid ausgesagt, daß er kein einziges Wort mit Storz abgehandelt, ihm keinen Auftrag erteilt hat. Er habe Storz keine Vorteile irgendwelcher Art gewährt und Storz habe auch nicht darum gesucht. Wenn in dem Artikel von dem parteiunabhängigen Herrn des Hauses in der Regentenstraße die Rede ist, so handle es sich allein darum, daß bei den außerordentlich unruhigen Verhältnissen im Frühjahr 1919 Rostke einige Male auf ein Angebot von Storz bei diesem keine Rücksicht genommen habe, weil er damals öffentliche Besuche nicht besuchen konnte, ohne sich der Gefahr von Unannehmlichkeiten auszusetzen. Nach Anhörung dieser eblischen Aussage des Oberpräsidenten Rostke erklärte der Angeklagte zu Protokoll, daß er sich von der Unrichtigkeit der in dem Artikel aufgestellten Behauptungen gegen Georg Storz überzeugt habe und diese gesamten Behauptungen, insbesondere den einen „Schiebung“, zurücknimmt. Der Verleumdung, dem die Publikationsbehörden dieses Vergleichs zugestanden wurde, im hierauf die Klage zurück.

### Sie sind alle unschuldig.

Die Tel-Union meldet, daß der Oberst Freiherr v. Debedur, früher Kommandeur des Reichswehr-Infanterieregiments Nr. 18 unter Verletzung des Charakters als Generalmajor aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden ist. Wie die Tel-Union erzählt, erfolgte die Verabschiedung lediglich auf Grund der großen Vereinerung der Armee. Die seinerzeit gegen den Obersten Freiherrn v. Debedur anlässlich der Märzprozesse erhobenen Anschuldigungen waren Gegenstand der Untersuchung beim Reichsgericht und haben sich angeblich als völlig haltlos erwiesen.

Der Oberst v. Debedur ist seiner schwebende Offizier, der seinerzeit erklärt hat, daß er unbedenklich zwischen 8 und 9 Uhr jeden Eid brechen werde, den er zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe. Während des Rapp-Bittches hat er bewiesen, daß er auch bereit war, entsprechend zu handeln. Er hat damals eine ganz besondere Rolle gespielt. Das Reichsgericht aber stellt fest — man möchte nach den vorausgegangenen Entscheidungen sagen: Selbstverständlich, daß die erhobenen Anschuldigungen „völlig haltlos“ waren, und der „demokratische“ Herr Geßler besitzt sich, den Rapp-Obersten obenrein noch zum Generalmajor zu befördern. Dem Verdienst seine Krone!

### Die Justiz mit der verrückten Binde.

Nichts bezeichnet die trasse Ungerechtigkeiten, zu der die Rechtsprechung an deutschen Gerichten erniedert worden ist, besser, als zwei Urteile, die in der letzten Schwurgerichtsperiode des Reichsgerichts verurteilt wurden. Es handelte sich um zwei Morde, die mit den Märzprozessen dieses Jahres in Halle in Verbindung stehen. Zuerst verhandelte das Schwurgericht gegen einen Arbeiter, dem vorgeworfen wurde, er habe während der Kämpfe den Beteiligter einer Ammendörfer Fabrik, der sich am Kampfe nicht beteiligt hatte, erschossen. Obwohl die Schuld des Angeklagten keineswegs einwandfrei festgestellt wurde und mildernde Umstände nachweislich vorliegen, wurde der Angeklagte zum Tode verurteilt.

Am Tage darauf stand ein Reichswehrunteroffizier vor demselben Schwurgericht, der am Hauptmordtag, den 21. März, auf dem Hof der Infanteriekaserne in Halle einen wehrlosen, erkrankten eingewanderten Arbeiter niedergeschossen hatte. Dieser Angeklagte führte zu seiner Entlassung an, daß er durch die Kämpfe und die schweren Opfer, die die Reichswehrtruppen an diesem Tage gehabt hätten, fürchtbar erregt gewesen sei. Genau denselben Entlassungsgrund konnte am Tage zuvor auch der Ammendörfer Arbeiter anführen. Aber die Hallischen Schwurgerichter legten keinerlei Maß an in der Beurteilung der beiden Taten, die gleichen Beweggründe enthielten. Während der Arbeiter auf das Schaffot verurteilt werden soll, wurde der Reichswehr-Unteroffizier unter Verneinung der Frage nach vorläufiger Lösung wegen fernerer Verhandlung mit Todesstrafe unter Zustimmung militärischer Umstände zu zwei Jahren Gefängnis (V) verurteilt. Beide Urteile sind besser geeignet als Hunderte von Verurteilungen und Duhende von Prozessen, den Massen das Weiden der Klassenjustiz in seiner trassierten Form vor Augen zu führen.

### Ein Landrat nach dem Geschmack der Deutschnationalen.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen bemüht sich, gegen die „neuzeitlichen“ Landratsstimmung zu machen. Sie hat dabei besonders stark den Landrat in Sangerhausen, unseren Genossen Kasperel, angegriffen.

Es wird die Korrespondenz der Deutschnationalen interessieren, wenn sie über die Amtsführung des früheren Landrats in Sangerhausen, eines hochkonservativen Mannes aus altdänischem Geschlecht, einiges erzählt. Das Landratsamt in Sangerhausen war in den letzten Jahrzehnten erblich. Der letzte aus diesem Geschlecht kommende Landrat ist während des Krieges gestorben. Bei der Übernahme des Postens durch den Nachfolger fand man einen Sargant von der Größe eines umfangreichen Kleidermagazins bis oben hin mit unerledigten Aktenstücken, die bis in das Jahr 1907 zurückgingen. Dem sozialdemokratischen Landrat mußte zur Bewältigung dieser Aktenmassen eine besondere Regierungsbüro gewährt werden. Bei den unerledigten Akten handelte es sich zum Teil um äußerst wichtige Angelegenheiten, wie Eintragungen in das Wähler- und Grundbuch, Kirchenbücher, durch deren Verschleppung und Verzögerung den Untertanen meist bedeutende Verluste entfielen. Der Herr Landrat hatte ja aber zur Erledigung all dieser Dinge keine Zeit, denn erstlich mußte er sich dem leidenschaftlich geliebten Jagdsport hingeben und dann hatte er auch wichtigeren bar bezahlten Arbeiten für die Amtsprüfung zuzusetzen und die Kreisfeuerlöschgesellschaft zu erledigen. Für die Dienstbesuche hatte er ja seinen Kreissekretär, wie so viele seiner Kollegen, die von den Deutschnationalen als vorbildliche Beamte hingerufen werden.

### Nochmals: Methoden der Verzweiflung.

Wir erließen folgende Zuschrift:  
„Sie machen mir in Ihrem Artikel „Methoden der Verzweiflung“ Vorwürfe darüber, daß ich meinen Artikel schrieb, obwohl ich weiß, daß die Wünsche der Opposition bei der Reihenfolge der Kandidaturen berücksichtigt wurden, kein Flugblatt erschien usw.“

Ich stelle dem gegenüber fest, daß ich meinen Artikel geschrieben und veröffentlicht habe, ehe ich wissen konnte, daß einige der Wahlbestimmungen unter dem Druck der Opposition fallen gelassen wurden. Was ich richtig, war alles beschlossen worden, auch das Wahlflugblatt, das übrigens nur in anderer Form, durch Abdruck im Blatt, den Mitteilern zur Kenntnis gebracht wurde. Die Artikel von Däumig und Stoeder waren eigentlich als Beiträge zur Grundlage der Diskussion und wurden auch nur unter Druck erst viel zu spät gebracht, als sie in gewissem Sinne bereits nicht mehr aktuell waren. Mein erster Artikel, der ziemlich lange liegen blieb, war noch nicht erschienen, der zweite war ja nur eine Art Mittelstellung, als ich meinen Artikel schrieb. In den meisten Mitteilerversammlungen, in denen ich sprach, begrüßte die Genossenschaft, mir das Wort zu verleihen zu lassen. Der Mißerfolg in den Leipziger Versammlungen bestand darin, daß im Osten die Zustimmung zweifelhaft war, in Ostpreußen alle gegen drei für Moskau stimmten. Sonst wurde nicht abgelehnt.

Im folgenden sind in die Mitteilerversammlungen selbst in der Lage zu urteilen.  
Wir verzichten auf eine Entgegnung; wir sind auch der Ansicht, daß die Mitteilerver selbst in der Lage sind, zu urteilen.  
Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

### Besserung der Friedensausichten?

Nachdem die Friedensdelegationen am Montag wieder zu gemeinschaftlichen Verhandlungen zusammgetreten sind und auf Vorschlag der Polen sofort Kommissionsberatungen begonnen haben, werden nach Meinungen aus Riga von beiden Parteien die Aussichten auf eine baldige Verständigung wieder günstiger beurteilt. Der Umfassung ist darauf zurückzuführen, daß die Russen ein weiteres Entgegenkommen gezeigt haben sollen. Unter anderem wird berichtet, daß sie die Forderung nach Selbständigkeit Ostgaliziens fallen gelassen haben sollen. Nach einer Meldung aus Warschau soll der Abschluß des Vorfriedens nahe bevorstehen. Die polnische Delegation arbeitet bereits Einzelheiten zum Friedensvertrag aus. Es sei die Möglichkeit vorhanden, daß der Preliminarvertrag noch in dieser Woche abgeschlossen werde. Eine andere Meldung behauptet sogar, der Vertrag sei bereits unterzeichnet, doch dürfte diese Darstellung nicht den Tatsachen entsprechen. Dagegen darf man die Nachrichten über die ersten Verständigungsabsichten wohl als zureichend betrachten. Wenn auch die sich jetzt häufenden Meldungen über die großen Unruhen in Rußland offenbar übertrieben und aufgeblasen sind, so darf man doch als feststehend annehmen, daß die Sowjetregierung mit ersten Schwierigkeiten im Innern und mit wachsendem Widerstand der Bevölkerung gegen die Fortsetzung des Krieges zu kämpfen hat. Dem Manchester Guardian wird aus Riga berichtet, daß die Massen zum Frieden drängen, weil sie bei Fortdauer des Krieges verhungern müßten. Diese Darstellung findet eine gewisse Bestätigung durch einen Moskauer Funkgespräch am 11. in dem es heißt:

Das allrussische Zentral-Volkswirtschaftskomitee hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Von allen arbeitenden Bauern Rußlands wird eine vollständige unweigerliche Ausführung der Lebensmittelablieferung verlangt.
2. Die Arbeiten zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln sind in kürzester Frist zu beenden.
3. In den Versorgungsarbeiten sind die besten Kräfte herauszugreifen.
4. Den Versorgungsarbeiten ist dieselbe Bedeutung zuzuwenden wie den Transportarbeiten.

Der Funkpruch fordert zum Schluß die russischen Arbeiter auf, dem Ruf des höchsten Organs Folge zu leisten und die Kräfte zum Kampf gegen den Hunger anzuporen.

Hier wird also bestätigt, daß es um die Lebensmittelversorgung sehr schlimm bestellt ist. Wie ernst die Situation ist, geht auch daraus hervor, daß der große Sowjetkongreß in Permang tagt. Es erscheint darum auch durchaus glaubhaft, daß die Friedensdelegationen angewiesen worden seien, auf beschleunigten Abschluß des Waffenstillstands zu dringen.

Im offenen Widerspruch mit diesen Meldungen stehen allerdings offizielle russische Rundgebungen. Lenin hat auf dem Moskauer Kongreß erklärt, ein Winterfeldzug werde nicht zu vermeiden sein. Er hat hinzugefügt, daß die militärische Macht und die wirtschaftliche Lage Rußlands genügend Gewähr für den endgültigen Sieg böten. Ferner veröffentlicht das allrussische Zentral-Volkswirtschaftskomitee eine Erklärung, nach der die feierliche Bestätigung der Unabhängigkeit der Ukraine, Estlands, Letlands und Litauens zur Grundlage des Friedens gemacht werden sollen. Andererseits werden früher gemachte russische Zugeständnisse ausdrücklich bestätigt. Diese Bedingungen erhalten gewissermaßen einen ultimativen Charakter durch die Erklärung, daß die russische Regierung nur für 10 Tage an die Bedingungen gebunden ist. Sollte innerhalb dieser Frist keine Einigung zustande kommen, sei die Frage des Winterfeldzugs im voraus entschieden. Die Erklärung für den Widerspruch, der zwischen dieser öffentlichen Erklärung und den zweifellos erfolgten geheimen Anweisungen an die Friedensdelegation besteht, dürfte darin zu suchen sein, daß, wie wir bereits berichtet haben, in den maßgebenden Sowjetkreisen zwei Richtungen vorhanden sind, von denen die eine gegen den Friedensschluß unter den gemäßigten Bedingungen ist.

### Die militärische Lage.

bleibt für die russische Armee nach wie vor ungünstig. Die neuesten politischen Meldungen — russische Berichte liegen nicht vor — belagen: Die Versorgungs-Patrouille der nördlichen Gruppe, die längs der Chaussee Riga und dem Dniepr Stollen den Nemen. Nach Beendigung der nötigen Umgruppierung im Bereich von Poschilun und Pinsk, drang die polnische Gruppe, trotz überaus schwerer Geländebeschwerden, in weniger als zwei Tagen bis Warkow, Luninetz und Daryagrod vor. Auf diese Weise wurde die Eisenbahnlinie Riga-Baranowitz-Schichuninetz-Kowno von uns gänzlich besetzt. Bei Drama überderten wir einen itauischen Panzerzug, der unter Stellung an der Ma, trotz Waffenstillstands, vorgestern angriff. Auf dem südlichen Abschnitt ist die Lage unverändert.

### Hilfe für Wrangel.

Am 1. Okt. 5. Oktober. Bei Holtenua wurde vom Reichswasserbau ein holländischer Dampfer mit zwei amerikanischen Flugzeugen für die polnische Armee an Bord angehalten. Dem Kapitän des Dampfers wurde bedeutet, daß seine Anwesenheit nicht gestattet werde und daß er die Flugzeuge ausladen oder umkehren müsse.

Charbin, 4. Oktober. (Havas.) General Beschwiski, der den Oberbefehl über die alten umgruppierten Armeen Kollschals in Transbaikalien übernommen hat, erklärte dem General Wrangel namens seiner Truppen telegraphisch, daß er sich ihm vollständig unterordne und ihn als Oberbefehlshaber anerkenne.

### Noch kein polnisch-litauischer Waffenstillstand?

Wolkow, 5. Oktober. Nach einer Neutermeldung liegt englischen amtlichen Kreisen eine Bestätigung der Nachricht von einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Litauen und Polen nicht vor. Die letzten Telegramme belagen vielmehr, daß die Zusammenkunft in Suwalki kein Ergebnis gezeitigt habe.

### An die Parteitage delegierten! Für die Einheit der Partei!

Die Spaltung unserer Partei droht! Wird die bedingungslose Annahme der 21 Moskauer Bedingungen vom Parteitag beschlossen oder abgelehnt, in jedem dieser beiden Fälle zerfällt die Partei und die revolutionäre sozialistische Bewegung wird geschwächt.

Schon triumphiert das Bürgertum. Ein Alp ist von ihm genommen!

Vor dem Entscheidungskampf zerfällt sich die Arbeiterklasse, statt geschlossen gegen die Bourgeoisie zu marschieren.

Auch wir, die wir uns nicht mit jeder der 21 Bedingungen einverstanden erklären können, wollen den Anstoß an Moskau. Wir wollen aber auch die Erhaltung der geschlossenen Millionenpartei, die sich im schweren Kampfe gebildet hat. Wir wollen die ganze Partei möglichst geschlossen der Dritten Internationale zuführen. Denn wer die Internationale will, muß sie stark wollen. Je stärker die einzelne Partei, desto stärker die Internationale. Desto schneller kann die Diktatur des Proletariats erreicht und das Proletariat aller Länder aus den Fesseln des Kapitalismus befreit werden.

Wir wollen den Anstoß an die Dritte Internationale schon vor dem Parteitag in Leipzig. Wir kämpfen für den Anstoß auf diesem Parteitag und nach dem Parteitag. Dann kamen die Bedingungen! Nunmehr sehen wir, daß bei bedingungsloser Annahme, wie bei Ablehnung der Bedingungen durch den Parteitag die Partei gespalten wird. Und das wollen wir im Interesse der revolutionären Aktion verhindern.

Darum schlagen wir folgenden Ausweg vor:  
Erfassen wir uns in Halle grundsätzlich zum Anstoß an die Dritte Internationale bereit, aber unter Bedingungen, durch welche die Autonomie der Partei gewahrt wird. Schaffen wir zunächst selbst eine zentralistisch organisierte Kampfpartei!

Wenn wir so verfahren, dann ist der Dritten Internationale gegeben, was sie verlangen muß und der USPD nicht genommen, was sie befehlen muß.

Wir, die wir von seher zu den Vorkämpfern des Anschlusses an die Dritte Internationale gehörten, wollen auf dem Parteitag dafür einreten, daß dieser Ausweg beschritten wird, und wir bitten die Delegierten, die sich einem solchen Vorgehen anschließen wollen, dies sofort dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, Reichstag, mitzuteilen.

Stimmen wir uns gegen die Parteierzersplitterung! Keinen wie die Partei, denn damit fördern und stärken wir die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Mit Parteigruß!  
Knauf-Hera, Kumerl-Berlin, Löwenstein-Charlottenburg, Obuch-Düsseldorf, Rosenfeld-Berlin, Scholz-Erfurt, Mathilde Wurm-Berlin.

Das Ziel, das sich die Unterzeichner des Aufrufs stellen, ist offensichtlich. Ob es aber auf diesem Wege, ja ob es überhaupt zu erreichen ist, will uns selber fast schon fraglich erscheinen. Die sogenannte Linke will die, die sie als Rechte bezeichnet, aus der Partei hinauswerfen. Die Vorgänge in Württemberg, wo man die Verhaftungswahl der Delegierten zum Parteitag schroff verweigert und durch diesen und andre Bergewaltigungsakte die Minderheit abspaltete, um hinterher zu behaupten, daß die Spaltung nicht schon viel früher erfolgt sei, zeigen das sehr deutlich. In andern Orten zeigen sich gleiche Bestrebungen.

Aus Berlin hören wir, daß die Preßkommission der Freiheit entschlossen ist, das Blatt gewaltam in ihre Hand zu bringen und die sehlige Redaktion sofort abzusehen, ehe die Gesamtheit der Berliner Genossen über diese Streitfrage gesprochen hat. Und das trotz der nur sehr kleinen Mehrheit, die die sogenannte Linke in Berlin bei der Abstimmung erzielt hat!

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Zum Bürgerkrieg in Irland.

In der Sonntagnacht ist es in Cork wiederholt zu Angriffen auf Polizeipatrouillen gekommen. Ein Polizeibeamter wurde getötet, vier verletzt. Ähnliche Nachrichten kommen aus Dublin und Wexford. In Wexford wird die Polizeikaserne von den Sinnfeinern besetzt. In der Grafschaft Cork wurde ein Zug angehalten und Militärmaterial aus ihm geraubt.

Nach einer Londoner Temps-Meldung sind in Irland seit dem 1. Januar 110 Polizisten getötet worden. Nach den Daily News haben 134 Mitglieder der irischen Polizei unter dem Vorwand, die Arbeit, die sie verrichten müßten, esse sie an, den Abschluß verlangt. — Preß Association meldet, daß der britische Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Irland, Mac Keagh, nach London berufen wurde, um die Lage in Irland, insbesondere die Frage der Vergeltungsmassnahmen, mit der Regierung zu besprechen.

Ausquitt zur irischen Frage. Die Times veröffentlicht einen Brief des ehemaligen Premierministers Asquith, in dem dieser für die Gewährung von Dominion-Kontrolle an Irland eintritt. Nach Asquith sollte Irland das Recht zugestanden werden, selbständig internationale Beziehungen anzuknüpfen, die eigene fiskalische Politik zu regeln und eine Militärmacht für die innere Verteidigung zu bilden.

#### Bararreform in Lettland.

Die lettische Verfassungsgebende Versammlung hat ein Gesetz über eine Bararreform angenommen. Danach behalten die Großgrundbesitzer von ihren Gütern nur den der Größe eines mittleren Bauerngutes entsprechenden Teil. Das übrige Land wird unter Entschädigung an den Staat abgetreten und soll unter erleichterten Zahlungsbedingungen an Landwirte ohne Landbesitz verteilt werden.

Internationaler Freihandelskongreß. Nach einer Meldung des Temps aus London ist dort unter dem Protektorat des Cobden-Klubs eine internationale Freihandelskonferenz zusammengetreten, an der auch Vertreter Deutschlands, Österreichs und Ungarn teilnehmen.

Keine Befehle des künftigen Abstimmungsgebietes. Wie die Wiener Post. Korz. erzählt, hat die Balkan-Konferenz den österreichischen Antrag auf Befreiung der künftigen Abstimmungszone durch interalliierte Truppen abgelehnt.

Fortsetzung des nationalen Kampfes in Anatolien. Konstantinopelblätter melden, daß die Nationalversammlung in Angora beschlossen habe, das nationalpolitische Heer zu reorganisieren, um den Kampf in Anatolien fortsetzen zu können.

Ubergabe Tonos an Frankreich. Wie Daily Mail aus Rom meldet, ist die Hauptstadt von Logo am 30. September Frankreich selbst übergeben worden.

### Von Nah und Fern.

#### Witzergiftung.

Magdeburg, 4. Oktober. In Altenplathow erkrankte eine fünfköpfige Arbeiterfamilie an Witzergiftung. Drei Kinder im Alter von 4—11 Jahren starben nach wenigen Stunden. Die Mutter wurde ins Krankenhaus geschafft, der Vater erholt sich wieder.

#### Feuer auf einem Dampfer.

Samburg, 5. Oktober. Gegen zwei Uhr nachts brach im Bunker des auf der Weß von Hohm & Hoh liegenden Dampfers „Higmar“ Feuer aus. Vier Jünger der Feuerwehr wurden zu den Löscharbeiten herbeigerufen. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen.

#### Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

#### Berantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Vorort-Verlag.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

## Wichtige Bekanntmachungen.

Durch Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 1. September 1920, betreffend Erleichterungen bei Ausführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn - Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 1403 - ist die Gültigkeit des § 1b der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920 zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920, betreffend Freilassung von Durchschnittsbeträgen bei dem Steuerabzug, bis Ende September 1920 verlängert worden. Hierdurch ist den Arbeitgebern in weitestem Umfang die Möglichkeit gegeben gewesen, sich auf die Durchführung der Vorschriften des Ergänzungsgesetzes vom 21. Juli 1920 einzurichten.

Der Reichsminister der Finanzen hat daher davon abgesehen, auch nach dem 30. September 1920 die Freilassung von Durchschnittsbeträgen ausfallenden Lohnzahlungen ist daher in allen Fällen nach der Vorschrift des § 1 der vorläufigen Bestimmungen zu verfahren.

Leipzig, am 4. Oktober 1920.  
Finanzämter Leipzig. I-V.

**Zuckerbestandsaufnahme beim Handel.**  
Auf Grund von § 28 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 RGBl. S. 914 wird folgendes bestimmt:  
Am 25. Oktober 1920 findet im Freistaate Sachsen zum Zwecke der Kontrollprüfung und Nachberechnung eine Zuckerbestandsaufnahme bei den

Zuckerhändlern statt. Zur Inangabe der vorhandenen Vorräte wird eine Zuckerbestandskarte verwendet, die jeder Kleinhändler von seinem Lieferanten erhält.

In die Zuckerbestandskarte sind die am Abend des 25. Oktober 1920 vorhandenen Zuckervorräte gewissenhaft einzutragen. Die Menge darf nicht unterschätzt, sondern muß genau gemessen werden, wobei alle Vorräte zu berücksichtigen sind, gleichgültig, ob sie sich in Originalpackungen, abgefüllt in verkaufsfertigen Paketen, oder in Rillen und sonstigen Behältnissen befinden. Die ausgefüllte Bestandskarte ist vom Händler oder einer zu seiner Vertretung berechtigten Person zu unterschreiben.

Jeder Händler (Großhändler, Zwischenhändler, Kleinhändler), auch wenn er über keinen Bestand verfügt, hat eine Zuckerbestandskarte auszufüllen, da auf der Rückseite dieser Karte sämtliche Lieferanten, von denen er vom 1. November 1919 bis 25. Oktober 1920 Zucker bezogen hat, anzugeben sind.

Die Kleinhändler haben die ausgefüllte und unterschriebene Bestandskarte spätestens am 28. Oktober 1920 an ihren Lieferanten (Zwischenhändler, Großhändler) einzuliefern.

Von den Zwischenhändlern und Großhändlern sind die von ihnen ausgefüllten und unterschriebenen Bestandskarten zusammen mit den bei ihnen eingegangenen Bestandskarten ihrer Kunden nach näherer Anweisung der Zuckerverteilungsstelle an folgende Stellen einzuliefern: Die Zwischenhändler bis zum 31. Oktober 1920 an ihren Großhändler.

Die Großhändler bis zum 5. November 1920 an die Zuckerverteilungsstelle.  
Besitzt ein Kleinhändler oder Zwischenhändler

keinen Zucker von mehreren Lieferanten, so ist die Karte nur an einen derselben einzuliefern.

Die Zuckerverteilungsstelle behält sich Nachprüfung der gemeldeten Bestände vor.

Zuckerhändler, die der Anzeigepflicht nicht nachkommen oder wesentlich falsche Angaben machen, werden gemäß § 32 Nr. 6 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 RGBl. S. 914 bestraft.

Dresden, den 29. September 1920.  
Wirtschaftsministerium  
Landeslebensmittelamt.

**Maul- und Klauenleuse** ist in den Grundstücken Jahstraße 81/85, Sternstraße 44 und Kleier Straße 34 **ausgebrochen.**

Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. April 1911 zum Viehseuchengesetz und § 41 der schließlichen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 werden diese Grundstücke als Sperrbezirke und der 22., 23. und 31. Vollbezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Leipzig, am 5. Oktober 1920. Ge.-M. L.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

**Tauha** Auf Grund von Verhandlungen hat eine Reihe von Kartoffelerzeugern sich bereit erklärt, Kartoffeln zum Preise von 15 Mk. an Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, von 20 Mk. an Hinterbliebene (unter 15000 Mk. Jahreseinkommen) und von 25 Mk. für den Rentner an die übrigen Einwohner zu liefern. Wer von dieser Einrichtung Gebrauch machen will, muß die Kartoffelarten zur Aufbringung eines entsprechenden Vermerks und Zuweisung an den Lieferer im Rathaus -

Zimmer 8 - , Erwerbslose: Zimmer 10 vorlegen. Auf jede Kartoffelkarte muß der Name des Inhabers mit Tinte geschrieben sein. Jede Kartoffelkarte berechtigt zunächst nur zum Bezug von 2 Zentner. Näherer Höhenverkauf auf die Zeit bis 17. Oktober, 20 Pfd. auf den Kopf, Donnerstag, von 1/9 - 1/12 und 2 - 4 Uhr, Freitag, von 1/9 - 1/12 Uhr. Preis 30 Pf. für das Pfund.  
Der Stadtrat.

**Gemeinde-Spartasse Liebertwolkwitz.**  
Unter Verwaltung der Gemeinde.  
Einlegerguthaben: 25.929.413 Mk. 53 Pf. Rücklagen: 1.267.000 " "  
Sparverehr vom 1. Januar bis 30. Septbr. 1920 12794 Einzahl. im Betrage v. 4.794.272 Mk. 76 Pf. 8335 Rückzahl. 4818719 " 62  
**Tägl. Verzinsung der Einlagen mit 1/2 Proz.** Kostenlose Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Vermittlung des An- und Verkaufes von minderbilligeren Werten.  
Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherung anhalt der Spartasse ist die Spartasse Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen. Geschäftszeit: Montags bis Sonnabends v. 8-11 Uhr. Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen: Delschau: Jeden Tag. Probitheide: (unmittelbar an der Poststelle der elektrischen Straßenbahn). Jeden Tag. Göhren: Jeden Tag. Zweinaundorf: Montags bis Sonnabends vorm. von 8-11 Uhr.  
Girokonto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Postcheck-Konto Nr. 11430.  
Die Spartassen-Verwaltung.

## U.S.P.O. Gross-Leipzig

**Zweitenau.** Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr. **Außerordentl. Mitgliederversammlung** im Gasthof Goldener Adler. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Donnerstag, den 7. Oktober, **Lichtbildervortrag** im Kino des Herrn Holenberg. Für Kinder: nachm. 1/5 Uhr. Eintritt 20 Pf. Für Mitglieder: abends 7 Uhr. Eintritt 80 Pf. Einladungen können an der Kasse dabei in Empfang genommen werden. Passendes Geld mitbringen. Zahlreichen Besuch erwünscht.  
Der Vorstand.

## Arbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs!

Donnerstag, den 7. Oktober, abends 1/8 Uhr **Öffentliche Versammlung** im Gasthof Neurodnitz, Stöttericher Straße.

Thema: Die deutschen Arbeiter und die dritte Internationale.  
Referent: **Georg Schumann.**

Freitag, den 8. Oktober, abends 1/8 Uhr **Öffentliche Versammlung** im Zentraltheater

Thema: Zwischen Sowjet-Rußland und dem Entente-Imperialismus und die Aufgaben der deutschen Arbeiter.

Referentin: **Ilse Wagner, Abnigsberg.**  
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

## Kognak-Verschnitt

43% 42 Mk. per 1/2 Liter \*  
**Rum-Verschnitt**  
50 Mk. per 1/2 Liter, empfiehlt

**L. O. Kaspar Nachf.**  
Pflanzg., Fischebacher Str. 30.

## Raucher dank!

Das schmerzlose Mittel, das Raucherkrankheiten tollweil lindert. Wirkung vorbildlich. Auskult. unsonst.

**Institut Engbrecht**  
München 16 R. Kapuzinerstr. 9

Alle Herren-Hebelstiefel mit Doppellohle und Abbläuelen. Gr. 40/46. Paar. 140.-  
Leichtere Herren-, Damen- und Kinderstiefel in allen Größen billigst. Versand n. auswärts u. Nachnahme. **J. Colfield,** Schönefeld, Taubestr. 37, L.

## Glasscheiben

aller Art im Auschnitt bill. Spiegelgläser jeder Größe, a. St. 30% Rabatt. Repar. los. Reparieren, Ver- und Glasm. Gläser in gr. Ausg. Zubehör. Tauch Str. 2. **A. Glaschker,** Tel. 133008

## Damen-Hemden

aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei a. 30.- u. 42.-  
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer  
**Humboldtstrasse 7. III.**

## Ziehung 9. bis 13. Nov.

Im günstigsten Falle **100 000 Mark** zu gewinnen bei der **Geld-Lotterie** des Vereins zur Förderung der Schwandach in Dornitz und Um.

Hauptvertrieb: **Ad. Müller & Co.** Leipzig, Brühl 10/12.

Prämie **75000 Mk.**

Hauptgewinne **25000 "**

**10000 "**

**Lose zu 3.60 Mk.**  
Postgeld n. Liste 90 Fig. extra. Bei den Staatslotterien und den durch Plakate kenntlichen Geschäften. \*

**Zinrate** sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition abzuschicken

## Damen-Hemden

aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei a. 30.- u. 42.-  
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer  
**Humboldtstrasse 7. III.**

## Brennholz

hartweiches liefert in jeder Menge Sägerwert

**Kovert Melle Leipzig**  
Bergg. Dohna. Tel. 133008  
Fernruf 4045 u. 3612

## Trauringe massiv

**Gustav Kaniss**  
Tauchaer Str. 6. I

## Familien-Nachrichten

**Franz Freese**  
Alma Freese geb. Schmidt  
Vermählte.  
Leutzsch, Klitzsch, 6. 10. 1920.

## Max Justin

Schneidermeister  
**Feine Herren- und Damen-Moden**  
Bauerische Straße 40, II.

## Patentanwaltsbüro Sack

Leipzig, Brühl 2.  
**Familien-Nachrichten**

Deute entließ nach langen, schweren, in Geduld ertragenen Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel **Robert Elfert.**

2. Connewitz, den 4. Oktober 1920.  
Biedermannstr. 49. **Na'alle Döring geb. Elfert**  
im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 8. Oktober, vorm. 11 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Zurückkehrt vom Grabe unserer Lieben untergebliebenen guten Tochter und Schwester

## Erna

sind uns so viel Teilnahme und Blumenschmuck Anteil geworden, daß es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken und bitten wir, hiermit unseren innigsten Dank auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen. Vielen herzlichen Dank Herrn Barrer Dr. Gander für seine tröstlichen Worte am Sarge und Grabe. Auch Ihrem Herrn Lehrer und Lehrerin sowie allen Mitschülerinnen vielen Dank für das letzte ehrenvolle Geleit. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan und prescht wir nochmals allen Lieben unseren innigsten aufrichtigen Dank aus. **Familie Weiß.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verlust meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers, Onkels, Groß- und Schwagerwatters, des Maurers **Ferdinand Franz Wohlers**, spreche ich hierdurch allen Verwandten und Bekannten meinen innigsten Dank aus, auch Herrn Pastor Wischel für die tröstlichen Worte am Grabe.

L. Lindenau. Marie verw. Wohlers und Kinder.

**Eine sehr günstige Gelegenheit!**

**Schwere**

# Qualitäts-Damenmäntel



- Wollreiche Mäntel** Serie I Mk. 185.-
- Wollreiche Mäntel** Serie II Mk. 235.-
- Wollreiche Mäntel** Serie III Mk. 265.-

Dieses besondere Angebot bringt Mäntel in solidesten, wollreichen Qualitäten  
Modernste Formen - Sorgfältigste Konfektion

# Otto Freyberg

Geschäftshaus

Petersstrasse 14-16.

**Prüfen Sie selbst, es lohnt sich!**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Zentrum. Proletarische Bildungsarbeit. Heute Mittwoch, abends 7/8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses: Lichtbildervortrag vom Genossen Herr über Menschwerdung.

Grün. Morgen Donnerstag, abends 7/8 Uhr, in der Grünen Schänke, Anger: Lichtbildervortrag vom Genossen Herr über Menschwerdung.

Reich. Die für 9. Oktober angeordnete Halbjahrs-Generalversammlung findet umständehalber schon am Freitag, dem 8. Oktober, statt. — Heute, abends 7/8 Uhr, Diskussionsabend im Alten Gasthof, Vortrag über Genossenschaftswesen. Referent: Genosse Wolf. Der Vorstand.

Sozialistische Rede- und Leservereinigung Wahren. Donnerstag, den 7. Oktober, pünktlich 7/8 Uhr, Vortrag der Genossen Gerber: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. Gäste willkommen.

Beziehungsveranstaltungen der U. S. P.-Osterräte.

Norden: Heute, Mittwoch, 7/8 Uhr, im Adau-Ausschank. — Osten: Donnerstag, 7/8 Uhr, in der Silberpappel. — Südwesten: Donnerstag, 7 Uhr, Restaurant Stadt Hof. — Westen: Freitag, 7/8 Uhr, in der 47. Volksschule, Elisenstraße, Zimmer 54. — Stadt und Süden: Sonnabend, 7 Uhr, im Volkshaus, Billardsaal. Parteibuch legitimiert.

Kartellauskunft. Die am Donnerstag, dem 7. Oktober, fällige Kartellauskunft findet am Freitag, dem 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Kartell statt.

Der Wucher mit den Kartoffeln.

Ueber den Verkauf einer Sitzung im Rathaus, die sich mit der Kartoffelfrage beschäftigte, wird berichtet:

Bei einer Besprechung, die am 5. Oktober 1920 im Neuen Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtrats Luthardt stattfand, hat, und an der zahlreiche Vertreter von Kartoffelerzeugern des Stadtgebietes, Vertreter des Großhandels und der Verbraucher teilgenommen haben, erklärten sich die anwesenden Vertreter der Leipziger Kartoffelerzeuger einmütig damit einverstanden, den Zentner Kartoffeln, wie sie vom Felde kommen, zum Preise von 25 Mk. an die Verbraucher unmittelbar abzugeben. Unberührt hiervon bleibt die vom Sächsischen Landeskulturrat ausgehende Sonderabgabe. Hierzu waren die anwesenden Erzeugervertreter bereit, auf jeden Hektar bebauter Kartoffelfläche mindestens 15 Zentner zum Preise von 20 Mk. an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben und die Zufuhr nach der Sammelstelle auf dem Schlachthofe unentgeltlich zu übernehmen. Von dort aus soll dann die Abgabe an die Verbraucher unmittelbar erfolgen. Von Verbraucherseite wurde hervorgehoben, daß auch diese Preisermäßigung weit davon entfernt sei, eine befriedigende Lösung der herrschenden Krise auf dem Kartoffelmarkt zu bilden. Auf der anderen Seite mußte aber anerkannt werden, daß eine nennenswerte Senkung der Preise nur von Maßnahmen zu erwarten sei, die von Reichs wegen zu ergreifen seien und sich auf das gesamte Reichsgebiet zu erstrecken hätten. Von Erzeugerseite wurde hierbei auf die nicht zu übersehende Tatsache hingewiesen, daß zur Zeit die von den Erzeugern des Stadtgebietes geforderten Preise anerkannt niedrig sind, obgleich gerade hier die Gestehungskosten, insbesondere die Abgabe, ganz unverhältnismäßig hoch sind.

Die Forderung der Produzenten ist völlig bedeutungslos. Erstens sind sie nicht in der Lage, die Leipziger Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen, und zweitens ist kürzlich vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags der Produzentenhöchstpreis auf 25 Mark festgesetzt. Die Leipziger Produzenten haben also nur zugehört — zum Höchstpreis zu liefern! Auch die Befreiung der minderbemittelten Bevölkerung ist immer noch ein Geschäft, denn die Produktionskosten eines Zentners Kartoffeln betragen — das ist von aufrichtigen Landwirten festgestellt — 12 bis 13 Mark. Wenn Landwirte mehr herausrechnen — und sie können besonders gut rechnen —, so verliert sie offen ein Betrug. Der Preis von 25 Mk. ist daher viel zu hoch. Der Landwirt könnte die Kartoffeln für 15 Mk. abgeben. Muß er denn an jedem Zentner einen Profit von 12 Mark haben?

Lokale Vereinbarungen — besonders von der Art in Leipzig — sind vollkommen wertlos. Die Reichsregierung greift auch nicht ein. Sie begünstigt den Wucher der Landwirte und hat für die Arbeiter höchstens einige nichtssagende Worte übrig. Da muß die Arbeiterklasse zu Maßnahmen greifen, um eine erhebliche Senkung der Preise zu erzielen.

Nochmals die Beihilfe für die Erwerbslosen.

Ein Arbeitsloser schreibt uns unter Nennung seines Namens: In Nr. 195 der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht der Erwerbslosenrat zu Leipzig eine Erläuterung über die Auszahlung der Wirtschaftsbeteiligte an Arbeitslose, über die ich mir einige Bemerkungen gestatte.

In der betreffenden Notiz betont der Erwerbslosenrat, daß bei langfristigen Arbeitslosen eine Beihilfe von durchschnittlich 400 Mk. pro Kopf gezahlt werde und fügt nicht ohne Selbstbewußtsein hinzu, in Leipzig sei die Verteilung unter Mitwirkung des Erwerbslosensrates erfolgt und geschehe in der vorzuziehenden Weise. Wie vorzuziehend diese Zuwendung für mich — und vielleicht auch für manch Andern — ausfällt, erfahre ich am Sonnabend, dem 25. September, beim Abholen meiner wöchentlichen Arbeitslosenunterstützung. Während andre Summen von 500, 700, 900 ja über 1000 Mk. ausgezahlt erhalten, wurde mir außer dem üblichen Wochenlohn der horrende Betrag von 50 Mk. eingehändigt. Wohl gönne ich jedem eine recht reichlich bemessene Unterstützung, wie aber kommt man dazu, andre, ebenfalls langfristige Arbeitslose — ich bin 1 1/2 Jahr ohne Erwerb, bin auch kein Jugendlicher — mit solch kärglichen Brocken abzuspeisen?

Es muß ein recht eigenartiger Verteilungsmodus zur Anwendung gebracht worden sein, über den man ja auch vorzichtigerweise Schweigen bewahrt hat.

Zu dieser Beschwerde schreibt der Arbeitslosenrat: Der Empfänger ist wahrscheinlich nicht in den Arbeitslosenverteilungen gewesen, sonst wäre er besser unterrichtet. Der Arbeitslosenrat hat zu jeder Zeit darauf hingewirkt, daß eine ausreichende und generelle Erhöhung der Unterstützungssätze eintritt, weil Beihilfen, gleichviel welcher Art, in ihren letzten Konsequenzen antisozial wirken und weil damit anerkannt wird, daß die geringsten Unterstützungssätze zu niedrig gehalten sind. Nachdem nun aber einmal diese Mittel vom Reich, Land und Stadt zur einmaligen Beihilfe herbeigeholt waren, verstanden wir, die Regelung der Auszahlung im bestmöglichen Sinne zu beeinflussen, was unserer Auffassung nach gegenüber der sonst geübten Praxis in den verschiedenen Städten auch gelungen ist.

Und wie erfolgte die Auszahlung? Als Stichtag war der 14. August festgelegt. Mit der Auszahlung wurde Ende August begonnen. Jeder Arbeitslose, der am 14. August rückwirkend innerhalb 8 Wochen 6 Wochen, oder rückwirkend innerhalb 28 Wochen 13 Wochen volle Erwerbslosenunterstützung bezog, kam in den Genuß der Beihilfe; die beträgt für Grundunterstützungsempfänger, normalerweise ledige, d. h. für solche, die nur für ihre Person Unterstützung erhalten, 150 Mk. und nicht wie der Empfänger fälschlich sagt 50 Mk. Für familienzuschlagsberechtigte Unterstützungsempfänger, normalerweise Verheiratete, 250 Mk. und für jedes unterstützungsberechtigte Familienmitglied 150 Mk. Das waren die grundlegenden Punkte des Verteilungsmodus, die nachträglich noch auf unser Betreiben zugunsten der Arbeitslosen erweitert wurden, so daß also unter Berücksichtigung des zuerst Gesagten im großen und ganzen die Beihilfe dorthin gekommen ist, wo sie am notwendigsten gebraucht wurde. Der Empfänger hat also 150 Mk. und außerdem auch die früher gezahlten Beihilfen mitbekommen. Und dann die Feststellung eines vom Epizismus geprägten Mannes (was, nebenbei bemerkt, uns durchaus verständlich ist), daß Summen von über 1000 Mk. zur Auszahlung kamen. Wir haben den Mut, es überall zu verteidigen, daß ein Familienvater mit 6 oder 7 Kindern, der wöchentlich 135 Mk. Unterstützung bekommt, über 1000 Mk. Beihilfe ausgezahlt erhält, im Gegensatz zu dem Empfänger, der wöchentlich ledig ist, der aber trotz der geringeren Summe prozentual bedeutend besser dran ist wie der Familienvater. Das möge genügen, um wenigstens ein einigermaßen objektives Bild über die Auszahlung der Beihilfe zu verbreiten.

Ein Uhas.

Die Firma Oskar Brandstetter, Buch- und Musikalienverleger, erfreute am Dienstag ihr Personal durch unternehmende Veranlassung: Angelichts einer Mitteilung des Betriebsratsvorsitzenden Herrn D. (M. Dornheim), daß Betriebsangehörige sich vermutlich an einer morgigen Demonstration in der Kartoffelstraße beteiligen und dabei die Arbeit vorzeitig verlassen würden, habe ich Herrn D. auf die gesetzlichen Vorschriften verwiesen, nach denen der Betriebsrat sich lediglich mit Betriebsangelegenheiten zu befassen hat. Im Anschluß hieran warne ich vor jedem vorzeitigen Verlassen der Arbeit, das sofortige Entlassung im Gefolge haben würde, und unterlasse alle Befehle mit der genannten Demonstration durch Verhandlungen jeder Art innerhalb des Betriebes.

Leipzig, den 5. Oktober 1920. Oskar Brandstetter.

Der Erfolg dieser Veranlassung war, daß in einer nach Arbeitsschluss abgehaltenen Betriebsversammlung gegen 2 Stimmen beschloßen wurde, den Betrieb am Mittwoch um 1/2 Uhr geschlossen zu verlassen. Das war die beste Antwort auf diese unerhörte Unternehmlichkeit.

Wucher mit Brennspiritus.

In den nächsten Tagen wird wieder Brennspiritus an die minderbemittelte Bevölkerung ausgegeben, und zwar gegen Abgabe einer Spiritusbezugskarte. Diese teilen die Distriktsvorsteher des Fürstentums aus, und zur Erlangung einer solchen Karte gehört, daß der Empfänger minderbemittelt ist, in der Regel also nur ein Einkommen bis 2500 Mk. hat. Den Preis für den Spiritus können aber nur wohlhabende Leute bezahlen. Da jetzt 1 Liter mit Flasche 10,65 Mk., ohne Flasche 8,85 Mk. kostet! Vor dem Kriege kostete eine Literflasche ohne Glas 32 und mit Glas 47 Pf., und war ohne Beschränkung für jedermann zu haben. Heute bestimmt die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein den Preis übers ganze Reich. So wird selbst die Arbeiterbevölkerung in der schändlichsten Weise ausgebeutet. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse fest wie ein Mann zusammensteht und ihre Geschäfte selbst in die Hand nimmt.

Pflege des Suffs.

Die Regierung des „Wiederaufbaus“ hat auch positive Leistungen aufzuweisen. So hat sie beschlossen, die Malzkontingente der Brauereien auf 30 Prozent des Friedensmalzverbrauchs festzusetzen, so daß in Zukunft neben dem Einfachbier auch Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 8 Prozent zugelassen wird. Zur Begründung wird angeführt, das heutige Dünnbier würde länger, je mehr von weiten Kreisläufen der Bevölkerung jurisdigieren, während der Genuß stark alkoholhaltiger Getränke — wie Schnaps und Liköre — ständig zunehme. Um der hierin liegenden Gefahr zu begegnen, wird — ein Bier hergestellt, das größeren Alkoholgehalt hat. Man bekommt also den Alkohol — mit Alkohol! Wertvolle Nahrungsmittel wandern in die Brauereien, damit die Herrschaften — „Vollbier“ trinken können. Das ist auch so eine Art „Wiederaufbau“. Uebrigens ist die Begründung, daß zwei Schnaps getrunken würde, nur ein Vorwand, denn der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Einfuhrzölle für 500 000 Liter Rum und Arrak im Werte von etwa 25 Millionen Mark erteilt. Es wird also noch sehr viel Alkohol über die Grenze gelassen, damit erst recht dem Suff gebrannt werden kann. Die amerikanischen Mischbier dürfen nicht nach Deutschland kommen, Rum und Arrak aber können über die Grenze gelangen. Das ist — „Wiederaufbau“.

Besehung der Straßenbahnwagen. Die Große Leipziger Straßenbahn schreibt uns: Mit dem Herannahen der unangenehmsten Jahreszeit plagen erkrankungsähnliche Fahrkräfte den Aufenthalt im Innern der Straßenbahnwagen auch dann vorzuziehen, wenn sie dort im Gange stehen müssen, obwohl auf den Plattformen noch genügend Platz vorhanden ist. Abgesehen von Ausnahmefällen (ältere, kränkelnde Personen, schwächliche Kinder usw.) werden die Fahrkräfte im Interesse der Dienstleistung für das Fahrpersonal dringend gebeten, Stehplätze im Wagennern, und zwar im vorderen Teil bis zu sechs, erst dann einzunehmen, wenn beide Plattformen mindestens die vorgeschriebene Belegung aufweisen. Dabei wird sich empfohlen, dies im vorderen Teile des Wagens zu tun, um an der hinteren Plattform Raum für Ein- und Aussteigen zu lassen. Wenn eine zu große Zahl Fahrgäste im Wagennern steht, wird die Bewegungsfreiheit des Schaffners in unerwünschter Weise gehemmt und ihm die notwendige Ueberacht über die Wagenbelegung und Ueberlastung der Fahrkräfte erswert, woraus letzten Endes wieder Unzuverlässigkeiten für die Fahrgäste entstehen.

Stadtkinder aufs Land. Ungefähr 120 Leipziger Kinder, die im Juli d. J. nach Mecklenburg — Kreis Parchim-Lübb — gereist sind, treffen voraussichtlich am Mittwoch, dem 6. Oktober d. J., abends 11 1/2 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch Kinder, die sich im Kreise Köbel in Mecklenburg zur Erholung aufhielten, dem Rücktransport angegeschlossen und mit heimkehren werden.

Großes Schau- und Wettturnen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat im Verlauf dieses Jahres mehrmals Gelegenheit genommen, die Leipziger Arbeiterklasse mit seiner körperlichen Erziehungsarbeit, die ein Lebensinteresse des Proletariats berührt, bekanntzumachen. Zuletzt war es bei dem Gewerkschaftsfest auf dem Sportplatz, wo Tausenden von Zuschauern ein Einblick in das Wesen der Leibesübungen geboten wurde. Jetzt laden die Turner abermals die Leipziger Arbeiterklasse zu einer groß angelegten Veranstaltung ein. Am Sonntag, dem 31. Oktober 1920 (Reformationsfest), vormittags 11 1/2 Uhr findet in der Oberhalle des Krystalpalastes ein großes Aufführungsturnen statt. Bei diesem Turnen soll vor allen Dingen gezeigt werden, wie hohe Wiffion das Turnen als ein wesentlicher Bestandteil der Körperkultur zu er-

füllen hat. Zweckentsprechende Einzeldarbietungen aus dem ungenügender großen Gebiete des Turnens werden seine Bedeutung und seinen Nutzen demonstrieren. Auf diesem Wege soll versucht werden, mehr Verständnis und Achtung für die Leibesübungen in die breiten Massen zu tragen. Leider wird ja der hohe Wert einer planmäßigen Körperpflege von Vielen noch nicht erkannt, aber jeder Arbeiter soll sich bewußt sein, die ihren Körper durch Ausdauer, Mut und Beharrlichkeit im Kampfe gestärkt haben; dies allein gewährleistet nur eine zielbewußte Körperpflege, wie sie schon seit Jahrzehnten im Arbeiter-Turn- und Sportbund getrieben wird.

Die große Halle des Krystalpalastes gestattet den Besuchern ein bequemes Zuschauen. In Hand eines umfangreichen Programms, das über jede Einzelaufführung die wesentlichsten Aufklärungen gibt, wird jeder Besucher einen Einblick in das Wesen der Leibesübungen im Allgemeinen, sowie in die einzelnen turnerisch-sportlichen Vorfürungen im Besonderen gewinnen. Die Arbeiterturner sind bestrebt, ihren Klassenossen an diesem Tage etwas Gutes zu bieten, es ergeht daher der Ruf an die Arbeiterklasse, das Unternehmen der Turner und Sportler durch zahlreichem Besuch zu unterstützen und mitzuwirken an der körperlichen und geistigen Gesundung des Proletariats.

Frau und Arbeitsvermittlung. Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes ist den Interessententeilen vor kurzem vom Reichsarbeitsministerium zugegangen. Wie ist die einheitliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens so wichtig gewesen wie heute, da das wirtschaftliche Leben niemals einen solchen Tiefstand erreicht hat wie heute. Und das ist eine alte Erfahrung, daß der Arbeitsnachweis immer um so mehr in Anspruch genommen wird, je mehr das wirtschaftliche Leben daniederliegt. Aber die Statistik zeigt uns auch, wie das Arbeitsnachweiswesen in die weitesten proletarischen Kreise hineinreicht und nicht zum mindesten in die proletarische Frauenwelt. Denn während im Jahre 1919 und 80 Prozent der männlichen Arbeitskräfte von den öffentlichen Arbeitsnachweisen vermittelt wurden, waren es 90 Prozent weibliche Arbeitskräfte. Das Unternehmertum beginnt sich bereits gegen den Entwurf zu erheben. Aufgabe des Proletariats ist es, dafür zu sorgen, daß das Gesetz den erforderlichen sozialen Charakter bekommt. Das beweist wieder, ein wie großes Interesse die proletarischen Frauen am politischen Leben haben müssen.

Der Weltpostverein tagt jetzt in Madrid. Seit dem Kongreß in Rom 1906 liegt das Gebiet des Weltpostvereins von mehr als 113 Millionen Quadratkilometer mit 1150 Millionen Einwohnern auf fast 124 Millionen Quadratkilometer mit 1683 Millionen Einwohnern. Beigetreten sind in der Hauptliste 1908 Kambodscha und 1914 China, außerdem mehrere britische Besitzungen und Schutzgebiete. Dem Verein nicht angehörend jetzt nur noch Afghanistan, Arabien, Marokko und eine Anzahl britischer Besitzungen. Von den neuen Staaten haben erst Finnland, Polen und die Tschechoslowakei ihren Beitritt ausgesprochen.

Ein außergewöhnliche Schadenfälle hatte die Volksfürsorge in den letzten Wochen zu registrieren. Je fünf davon betrafen Bedauernfälle und Betriebsunfälle; bei einem lag Selbstmord nach überreichlichem Alkoholgenuß vor, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Für sämtliche eck Unfallsfälle zahlte die Volksfürsorge über 30 000 Mk. aus bei einer Prämienentnahme von 300 Mk. Solche Leistungen kann nur ein gemeinnütziges Institut aufweisen, das, wie die Volksfürsorge, nach dem Grundgesetz aufgebaut ist und handelt: Versicherung durch das Volk für das Volk, und das keinerlei Privatinteressen kennt. Angesichts solcher Leistungen sollten die Volksmassen doch bald zu der Ueberzeugung kommen, daß für sie nur die Volksfürsorge bei einem Versicherungsabschluß in Frage kommt. Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Leipzig, Zehnerstraße 32, Saalbau, Zimmer 14.

Warnung vor vorzeitigem Heizen. Ungeachtet der am 15. September den Zeitungen übergebenen Notiz, mit der vorzeitigem Heizen gewarnt worden ist, haben, wie dem Kohlenamt gemeldet worden ist, bedauerlicherweise doch verschiedene Verbraucher, darunter leider auch einzelne Behörden, trotz der noch milden Witterung, mit dem Heizen bereits begonnen. Ganz abgesehen davon, daß hierin eine Schädigung der Allgemeinheit zu ersehen ist, schädigen sich die in Frage kommenden Verbraucher auch selbst, denn wer seine Brennstoffe jetzt schon verbraucht, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er in der kalten Jahreszeit solche nicht mehr zur Verfügung hat. Es kann gerade mit Rücksicht auf die durch das Kohlenabkommen in Spa übernommenen Verpflichtungen, die auch die Hausbrandversorgung nicht unwesentlich in Mitleidenschaft ziehen, nicht dringend genug vor vorzeitigem Heizen gewarnt werden. Das Kohlenamt muß nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß es bei den nur knappen zugewiesenen Mengen schlechterdings nicht zu irgendwelchen Nachbewilligungen oder Sonderzuweisungen in der Lage ist.

Ha. Mitwirkung der Polizei bei der Umschaltsteuer. Bei der Erhebung der Umschaltsteuer soll auch die Polizei mitwirken. Insbesondere gilt dies für den Straßenhandel. Schon die Ausführungsbestimmungen zum Umschaltsteuergesetz sehen ein Zusammenarbeiten mit den Landesbehörden, insbesondere den Polizeibehörden und den Behörden vor, die sich mit der Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei befassen. Die Ortspolizei soll dem Umschaltsteueramt alle Personen mitteilen, die von Gasthöfen, Pensionen usw. als Neuankommlinge gemeldet werden und von denen sie weiß oder vermutet, daß es sich um Kaufleute ohne inländische Betriebsstätte handelt, die sich zum Abschluß von Geschäften im Orte aufhalten. Auch die Mieter sollen gemeldet werden. Diese Mitwirkung der Polizei ist aber nicht bindend angeordnet, da sie besonders in den Großstädten kaum durchgeführt werden könnte. Die Ausführung soll vielmehr zwischen den Leitern der Umschaltsteuerämter und den Polizeibehörden vereinbart werden. Der Reichsminister der Finanzen hat die Umschaltsteuerämter angewiesen, Besprechungen herbeizuführen und mit der Polizei dauernd zusammenzuwirken. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens müsse Gemeingut der Umschaltsteuer- und Polizeibehörden werden.

Kapitalistische Kultur. Im Vortragsverein zu Nürnberg sprach Dr. Schapf von der großen soziologischen Bedeutung der Suggestivwirkung der Kinos in der Uebung. Die Einbrüche werden verstärkt durch die zeitliche Konzentrierung der Vorgänge des Kinodramas, den dunklen Raum bei völliger Abblendung von der Außenwelt und eine Art Einigung des Bewußtseins. Die Wirkung entspricht, so heißt es, einer Hypnose. Für jugendliche Geisteschwache wird das Kino herabzu zu einer Verbrecherchule, und der Geisteschwachen gibt es leider sehr viele. Die großstädtische Erotik verflüchtigt die geschlechtliche und allgemeine Sittlichkeit des Volkes durch Erregung einer hemmungslosen Triebhaftigkeit, wodurch das Kino eine indirekte Mitschuld an der Zunahme der Geschlechtskrankheiten und der Zerstörung an Eheverhältnissen tragen. Das ist kapitalistische Kultur. Hier muß eine großzügige Kommunalisierung des Films eintreten, damit auf diese Weise der Schund ausgeremert werden kann.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im September 1920 fanden 116 Verkäufe von bebauten Grundstücken (Kaufsumme 15 680 152,25 Mk.) und 9 Verkäufe von unbebauten Grundstücken (Kaufsumme 888 953,25 Mk.) statt.

Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 7. Oktober. Für Haushaltungen. Ausgabe 41. Kartenverteilung: Nr. 401-600. Auslands-Schweinefleisch für Schwerkrankenbedürftige, Ausgabe 2. Gohlis, Reichstr. 1, nachm. 3-5 Uhr.



Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelke.

23] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Stunden vergingen, es wurde tiefe Nacht, draußen fiel Schnee. Da öffnete Hera lautlos die Tür und knipfte das Licht an.

„Gut! Tausend! Das steht ja recht nett aus!“ Sie setzte die beiden Schwestern einstweilen auf das Kanapee und nahm sich Züßlinger an, indem sie ihm vorsichtig eine Flasche mit Gegengift an den Mund setzte. Er schluckte; und allmählich bekamen seine Augen wieder etwas Glanz. Vor seinem inneren Gesicht begann ein Streifen zu laufen, erst wie ein schwarzes Band, dann blutrot und endlich wie aus Gold. Hera räumte mit dem Zeigefinger die letzten Zahnbrocken aus seinem Mund, dabei kam sie ihm zu tief in die Kehle, sein Gesicht verzog sich zum Brechen, es rauschte in seinen Ohren, und er wimmerte.

„Das ist das Säuglingsstadium,“ konstatierte Hera, die alle diese Erscheinungen von den an ihr vorgenommenen unzähligen Versuchen her kannte. Sie richtete seinen Kopf höher, massierte kräftig sein Genick, und unter ihrer sachgemäßen Behandlung kam er in kurzer Zeit zum Bewußtsein.

„Was war denn das?“ Hera gab ihm die nötigen Erklärungen. „Ach so; richtig, ich entsinne mich. Aber was ist denn mit Thekla und Stephanie los?“ „Thekla ist steif wie ein Brett und kalt wie Stein. Aber Stephanie ist noch warm,“ sagte Hera.

Züßlinger froh, wenn auch matt und noch immer nicht ganz klar im Kopfe, aus dem Bett zum Kanapee. „Die zappelt noch ein wenig; aber diese da ist tot. Das arme Mädchen. Wieder eine weniger! Zuerst waren's drei, jetzt ist's nur noch eine. Hera, ich bin meinen Basen sehr verpflichtet; Meine schönsten Erfindungen verdanke ich ihnen; denn um ihrer Vorsorglichkeit zu erinneren, zog ich mich in mein Arbeitszimmer zurück; um ihr Geschwäg zu vergessen, füllte ich meinen Kopf mit Wissenschaft. Ich bin eben nur ein Halbding; die Arbeit um der Freude an der Arbeit willen ist mir unbekannt.“

Über halt, da kommt mir ein guter Gedanke.“ Stephanie hörte seine Stimme wie im Traume. „Arnold?“

„Wach auf, Stephanie!“ Da kam sie ins Leben zurück, umarmte ihren Vetter und benetzte ihn mit vielen Tränen. Züßlinger war gerührt, selbst Hera wischte sich die Augen. Dann hielten alle drei einen Rat, und Züßlinger setzte seinen guten Gedanken auseinander.

„Rache!“ rief er noch einmal; und Rache rief auch Stephanie. „Hast du Mut, Stephanie?“

„Ich habe welchen,“ sagte sie. Die Bitterkeit des letzten Tages hatte sie über Nacht zu einer Löwin umgewandelt. „Dann hört zu; Ein großes Unternehmen erfordert eine sonst ungewöhnliche Tat. Theklas tief bedauerliches Ende muß uns zutunsten kommen. Ich verwandle mich in Thekla, ich habe schon einige Übung im Tragen von Welberkleidern. Thekla wird als Arnold Züßlinger begraben. Du, Stephanie, meldest morgen meinen Tod, über den sich kein Mensch wundern wird. Jetzt gehst du zu Bett, ich werde unterdessen mit Heras Hilfe die erforderlichen Veränderungen vornehmen.“

Stephanie weinte zwar, willigte aber ein und ging. Züßlinger nahm den Personenwechsel vor und trat dann wie ein Priester der Rache vor Hera hin.

„Hera, dir sage ich das, was Stephanie jetzt noch nicht zu wissen braucht. Die Züßlinge werden aus ihrer Abscheu erwachen. Gerade so, wie ich erwachte, nur langsamer. Es wird darüber Frühling werden, aber ein böser Frühling für Knobbe, ein böser Sommer für die Oberdeutschen, wie ich hoffe. Hera, du bist mein Hoffnungsstern. Du lebst unter den Züßlingen, du bist Fleisch von ihrem Fleische. Du wirst sie bei ihrem Erwachen behüten, daß sie sich nicht vorzeitig verraten. Du wirst meine rechte Hand sein. Dermaleinst wirst du neben mir leuchten wie ein Mond, und ferne Geschlechter werden dich noch preisen.“

„Schon gut, Meister; wenn ich nur meinen Spaß dabei habe,“ sagte Hera, die eine leichtlebige Ader hatte.

Am nächsten Mittag kam Kyri-leison zur Leichenschau. Er war noch halb betrunken und machte die Sache kurz.

„Scheußlich, wie der Kerl ausseht. Er sinkt nach dem Gift! Der kupplerische Hund hat sein Teil.“ Er befahl, das Glas zu verschütten. Dann besuchte er seine Braut und erzählte, was er gesehen hatte. Über Holde machte ihm ein böses Gesicht. Es gab auch noch andere oberdeutsche Damen, die Züßlingers vermeintliches Ende betrauertem.

Knobbe freute sich; er ahnte nichts von dem bösen Verhängnis, das in Gestalt eines alten Weibes auf seinem Werke umging.

(Fortsetzung folgt.)

Der Mikrokosmos.

Das Atom. — Die Elektronen. — Uran und Radium. — Die Radioaktivität. — Der Stein der Weisen.

Neben Einsteins Erfolgen in jüngster Zeit revolutionärsten die moderne Naturwissenschaft am tiefreichendsten die Entdeckung der radioaktiven Erscheinungen und die vielen Erfolge, die im Anschluß daran erzielt wurden. Die neuen Einblicke, die hierbei in das Reich der Natur gewonnen wurden, waren vor allem von großer Bedeutung für die Aufklärung von dem innersten Aufbau der Materie. Daß jedes in der Natur, auf der

Erde wie im ganzen Weltall, anzutreffende Ding aus kleinen Materieteilchen bestehe, die nicht weiter teilbar seien, sogenannten Atomen, und daß es je nach Qualität und Gestalt solcher Teilchen an Typen eine ganze Anzahl gebe, war eine Meinung, die seit Jahrtausenden vertreten wurde. Diese alte Atomtheorie wurde erst, als es gelang, jene „unteilbaren“ Urbausteine als ihrerseits wieder zum Teil höchst komplizierte Systeme anderer Teilchen zu erkennen. Es eröffnete sich ein Einblick in ganz neue Welten. Während man bisher immer nach oben schaute und draußen im Kosmos immer neue Sonnen und Weltensysteme entdeckte, lenkte sich nun der Blick nach unten in die Geheimnisse des Mikrokosmos, in die innere Welt des Kleinsten und Allerfeinsten.

Jene tellurischen Welten mit ihren Sonnen als Zentren und mit ihren Trabanten gleichen im System der Struktur der Atome. Dieses Nebeneinanderliegen einer Welt in der anderen kann man sich veranschaulichen durch das bekannte Scherensbild, das eine Person zeigt, die eben dieses Bild in der Hand hält und betrachtet. Wo ins Unendliche fort, ohne Aufhören bis in Dimensionen der Kleinheit, die wir überhaupt nicht zu fassen vermögen, zeigt jedes Bild wieder die Person, die es betrachtet, gleichsam ewig ineinander geschachtelt. Derart liegt eine Welt in der anderen, unser Sonnensystem in einem größeren, und die Welt des Atoms in unserem Sonnensystem. Unser Auge vermögen noch nicht weiter nach oben und unten zu dringen und die unendliche Reihe der ineinander ruhenden Welten zu überschauen. Aber ein Glied der Kette zu erobern ist wieder gelungen, ein Schritt nach unten, in die Welt der Atome.

Wie in unserm und in allen Sonnensystemen die Sonne von Planeten umkreist wird, so bewegen sich im Atom um einen elektrisch positiven Kern negative Elektronen. Nimmt man eine Kugelgestalt dieses Kernes 0,00000000000002 mm., d. h. zwei Trillionstel Millimeter, und der Durchmesser eines Elektrons 0,000000000004 mm., d. h. vier Billionstel Millimeter. Die Kreisbahn, auf der das Elektron den Kern umkreist, hat einen Radius von 0,00000005 mm., d. h. fünf Hundertmillionstel Millimeter. Die Verhältnisse dieser Zahlen sind derart, daß bei angenommener Vergrößerung der Kern etwa einer Apfelsine entspricht, um die im Abstand von 3200 km., also des Viertels vom Erddurchmesser, eine riesige, hausgroße Schneelawine sich bewegt.

Je nach der Anzahl der umkreisenden Elektronen und der Stärke des Kernes erhält das Atom verschiedene Struktur. Was vorher für eine Verschiedenheit der chemischen Elemente (Grundstoffe) galt, ist nur eine verschiedene innere Organisation der Atome aus gleichen Bausteinen. Ein Atom ist eben kein einfaches Gebilde, sondern eine verwickelt strukturierte Welt. — Man hat bisher 87 solcher chemischer Grundstoffe, das sind eben 87 verschiedene Atomstrukturen, entdeckt. Man weiß aber durch eingehende Versuche, daß es 92 gibt. Welcher Art die fünf fehlenden Elemente sind, hat man ebenfalls schon festgestellt. Zwei ähneln dem Mangan, eins ist eine seltene Erde, eins ein Alkalimetall und eins ein Glied der Halogenreihe, dem Jod ähnlich, aber schon mit metallischem Charakter.

Am einfachsten sind die Wasserstoff-, Helium- und Lithiumatome gebaut. Bohr nimmt an, daß im Wasserstoffatom nur ein Elektron um den Kern kreist, je nach der Kraft des Kernes in näherem oder fernem Abstand. Atome, in denen sich außerordentlich viel Elektronen um den Kern bewegen, stellen die als am schwersten bekannten „Elemente“ dar: Uran, Radium, Aktinium, Thorium.

Wir wollen uns die Vorgänge innerhalb eines Atomes betrachten und die großen Fragen erörtern und noch zu erwartenden Erfolge dieser Erkenntnisse kennen lernen.

Es ist nicht ohne Wert, ganz kurz die Geschichte dieser gewaltigen Entdeckungen zu erzählen. Der französische Forscher Henri Becquerel in Paris untersuchte (angeregt vor allem durch die 1895 erfolgte Entdeckung der X-Strahlen durch Röntgen und die Wirkung dieser Strahlen auf photographische Platten) die Wirkung fluoreszierender Substanzen auf photographische Platten. Es gelang ihm schon 1896 nachzuweisen, daß Uran eine solche durch schwarzen Papiers hindurch photographische Platten schwärzen. Es waren also von den Salzen Strahlungen ausgegangen, die das Papier durchdrangen und wie Lichtstrahlen die Platten chemisch veränderten. Diese Entdeckung ergab, daß es sich um eigentümliche, immer andauernde Strahlungen handelt, von stets gleichbleibender Stärke, die mit den Röntgenstrahlen verwandt sind, insofern sie ebenfalls völlig undurchdringliche Gegenstände durchdringen. Sehr bald wußte man, daß das in den beim Experimentieren verwandten Uransalzen enthaltene Uran die Quelle jener Strahlen ist. Auf der Suche nach Substanzen mit ähnlichen Eigenschaften wurde 1898 gleichzeitig von G. C. Schmidt in Erlangen und von Frau E. Curie in Paris entdeckt, daß auch Thorium in ähnlicher Weise Strahlen ausstrahlt. Weitere Untersuchungen ergaben noch im gleichen Jahre, daß sich in den Uranverbindungen noch ein unbekanntes, stark strahlendes Element verberge; man nannte es Polonium. Endlich entdeckten Herr und Frau Curie 1898 ebenfalls noch in Uranverbindungen das Element Radium, das von besonders großer Strahlungskraft ist.

Die wunderbaren Strahlen, die diese Elemente ausstrahlen bringen durch alles hindurch und führen elektrische Ladungen mit sich. Worin besteht nun das Wesen dieser Strahlen, und was ist ihr Ursprung?

Die englischen Forscher Rutherford und Soddy erklärten als erste diese Strahlen für ausgeschleuderte Materieteilchen. Diese Meinung ist die herrschende geblieben. Man erklärte jene Strahlung (Radioaktivität) gewisser Elemente folgendermaßen: Die zu einem bestimmten System vereinigte Bausteine jedes Atoms sind — wie schon erwähnt — ein kleinerer Kern, um den mehrere sogenannte Elektronen wie die Planeten um die Sonne kreisen. Der Kern ist ein positiv elektrisches Elementarquantum. Je nach seiner Spannungsintensität ist die Zahl der ihm umschwebenden Elektronen, negativ elektrischer Elementarquanten, verschieden. Je größer die Kernladung, desto größer die Zahl der Elektronen. Kern und Elektronen halten sich im Spannungsgleichgewicht, halten demit das Atom zusammen, und zwar so fest, daß keine Stöße, keine elektrische Wirkung von außen seine chemischen Einflüsse diesen Verband zu sprengen vermögen. Erst ganz neuerdings ist das im Experiment gelungen.)

Die so strukturierten Atome, in sich in ewiger Bewegung, sind in stetiger Umwandlung begriffen. Und was im Experimente zunächst unmöglich scheint (oder schien), vollbringt die Natur von sich aus in stetigem Prozeß; allerdings in Reizspannen, die in ihrer Größe für uns unsäglich sind. Jedes Atom befindet sich in einem stetigen Zerfallsprozeß von ungeheurer langer Dauer. Das Gleichgewicht der das Atom zusammenhaltenden elektrischen Kräfte gerät, vor allem bei den komplizierten Atomen, in denen der Kern von sehr viel Elektronen umgeben wird, also Uran, Radium, Thor, sehr ins Schwanken. Entweder erhält die Kernladung oder die der Elektronen ein Uebergewicht und drängt um Wiederausgleich durch Ausschleudern des überflüssigen Spannungsträgers. Dessen Herausstoßen aus dem Atom ist eben jener Prozeß der Strahlungen, den wir an den radioaktiven (d. h. eben besonders strahlungskraftigen) Elementen beobachten,

bei denen diese Ausschleudern in großem Umfange stattfindet und dadurch in der Strahlung deutlich wird.

Je nach den ausgeschleuderten Teilchen kommen verschiedene Strahlen zustande: Kernteile bewirken die sogenannten Alpha-Strahlen, ausgesprengte Elektronen die sogenannten Beta-Strahlen. Daneben kommen noch verwandte Strahlungen vor. Dieses Herausgeschleudern geschieht mit einer, an der Kleinheit der Teilchen gemessenen, ungeheuren Energie. Sie durchbrechen ohne weiteres in ihrer Flugbahn liegende fremde Atomkomplexe, unüberwindliche Körper aller Art, wenn sie nicht gar zu widerstandsfähig sind. Damit ist das Leuchten des Radiums z. B. durch nicht allzu starke Widerstände, etwa durch dünne Aluminiumplatten, erklärt. Die fliegenden Teilchen, also die Strahlungen, haben aber nur eine bestimmte Reichweite; ihre elektrischen Ladungen werden von gleichpoligen Ladungen an der, vor allem in der Luft vorhandener elektrischer Elementarquanten neutralisiert. Sie üben an Kraft ein und verlieren sich an diese Umgebung. So vermögen die Strahlen des Radiums nur 3,5 Zentimeter vorzudringen.

Diese radioaktiven Erscheinungen der schwersten Elemente, Uran, Radium, Thor und einiger anderer, ermöglichen die ganze Erforschung des Atombaues. Die Vorgänge in den Atomen waren hier am besten zu beobachten. Sie geben Auskunft über Wesen und Leben der Materie, Einseitig systematisiert, weisen sie darauf hin, daß ein sehr langsamer Zerfallsprozeß an allen Atomen nagt, immer mehr ihrer Bestandteile absprengt und damit die Atome immer weiter verwandelt, einen chemischen Grundstoff immer wieder in einen andern verwandelt, von Stufe zu Stufe, in ungeheuren Zeiträumen. Aus den schweren Elementen Uran, Radium werden, je geringer durch Ausschleudern die innere Atomspannung wird, die leichteren Elemente, herunter bis zum Wasserstoff. Im Augenblick, wo es gelingt, willkürlich im Experiment diesen Prozeß zu beeinflussen, wird man aus Eisen Gold machen können. Der „Stein der Weisen“ ist gefunden. Alle Träume sind erfüllt.

Dr. W. R.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. In der für Freitag angelegten Aufführung der Vorhänge Dyer und die singt Hedwig Förders zum ersten Male die Titelpartie. Walter Eschner erstmalig den Welt. Der Ritter Hugo ist mit Alfred Volgt besetzt.

Schauspielhaus. Nach der für Sonnabend, den 23. Oktober, angelegten Erstaufführung von Calderons Richter von Zalamea findet gleichzeitig mit dem Landestheater in Dresden die Aufführung von Heinrichs Jenseits statt, und zwar am Dienstag, dem 19. Oktober. Von diesem Literarischen Abend ist nur eine Wiederholung ansonst am Montag, dem 25. Oktober. Die beiden einzigen Rollen des Stückes geben Lina Tarsis und Paul Maberow.

Volksbühne. Hiermit sei nochmals darauf hingewiesen, daß mit dem 1. Oktober das neue Spieljahr begonnen hat und die bisherigen Mitgliederkarten der Spielzeit 1919/20 keine Gültigkeit mehr haben. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Serien 21, 25, 26 des alten Spieljahres, die am 29., 30. und 31. Oktober er. eingelöst werden. Eine Annahme von neuen Abonnenten kann vorläufig nicht mehr erfolgen. — Das Köstchen von Heibronn beginnt pünktlich um 7 Uhr. Einlaß in den Zuschauerraum nach Beginn des Aktes kann mit Rücksicht auf die andern Theaterbesucher nicht erfolgen. — Der Billetporverkauf ist im Interesse der Theaterbesucher für Gohlis, Eutritzsch, Leipzig-Rustadt, Reuditz, Leipzig-Nst., Connewitz, Gausch, Leipzig-Süd, Lindenau, Leipzig-Schleußig zu verzeihen. — Dortige Geschäftsinhaber, die Interesse haben, den Vorverkauf zu übernehmen, wollen sich im Bureau der Leipziger Volksbühne, Banerstraße 8, Zimmer 10, vorm. von 10—1 und nachm. von 4—6 Uhr melden.

Eingelaufene Schriften.

Anton Jendrich, Menschen und Menschenlein. Erste und heitere Geschichten. Deutschlands Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis geb. 6,80 Mk., geb. 8,80 Mk.

W. B. Schula, Deutschlands Genesung durch Selbsternährung. Verlag der Kleinarmgesellschaft, Berlin-Friedenau 4. Preis 5,80 Mk.

W. Wilhelm, Die Verfassungsreform und was das Volk von ihr verlangen muß. Verlag der „Neuen Erde“, Wien 7. Preis 6 Mk.

E. Trumler, Der fränke Hölzerlin. Urkunden und Dichtungen aus der Zeit seiner Umarmung. Verlag D. C. Necht, München.

Abenteuer des Entpfecker Bräsig und andere heitere Erzählungen von Fritz Reuter. Hochdeutsch. Verlag der Freude, Wollentbüchel. Preis 7 Mk.

Paul Burg, Der Wegbereiter und die Liebe. Verlag L. Staackmann, Leipzig. Preis geb. 15 Mk., geb. 25 Mk.

Handels-Hochschule Berlin. Das Fortsetzungsverzeichnis für das Wintersemester 1920/21 ist soeben erschienen (Verlag Vereinigung wissenschaftlicher Vorträge, Berlin W. 10) und beim Sekretariat der Handels-Hochschule, Berlin O. 2, Spandauer Straße 1, zum Preise von 1 Mk. erhältlich.

Flemmings Generalia. Nr. 37: Schleswig-Holstein, Mecklenburg und die Hansestädte, 1:600/1000, 21. Auflage. — Nr. 48: Dänemark und seine Nebenländer, 1:600/000, 2. Auflage. Verlag von C. Flemming und C. T. Wistott, Berlin W. 50. Preis 3 Mk. und Zuschlag.

G. Hoffmann, Alleele. Ein Versuch einer Charakterisierung des Weltengedankes in der Religion des Sozialismus. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Preis 3,20 Mk.

Die Weltliteratur. Jede Woche ein Werk. Die besten Romane und Novellen aller Zeiten und Völker. Preis jeder Nummer 50 Pfg., vierteljährlich 10 Mk. Verlag „Die Weltliteratur“, Berlin SW 48, Nr. 33 Charité-Platz. Die merkwürdigen Geschichte des Ritters Ubaldo Jiani. Schönheit. Nr. 34: L. v. Sacher-Masoch, Von Fenster zu Fenster. Nr. 35: Anna Croissant-Ruß, Stationschef Stadelheim. Das Mönchlein vom Kloster Vadins. Nr. 37: W. Rabe, Religiöse Knochen. Nr. 38: Thomas Mann, Das Wunderkind. Das Eisenbahnunglück. Der Kleiderhändler. Schwere Stunde. Nr. 39: Mathilde Serao, Die Stadt der Liebe u. a.

Gustav Herwig, Die deutsch-französische Annäherung. Briefe an die Deutschen. Mit einer Vorrede von W. Burghoff. Verlag „Gemeinsame Sache“, Berlin W. 50. Preis 2 Mk.

Die lebendigen Romane u. a. der Romantik. Ausgewählt und angeleitet von W. v. Molo. Verlag von Albert Ganzen, München. Preis 15 Mk.

Elfriede Friedländer, Grundriss des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie. Verlag Neue Erde, Wien 7. Preis 8 Mk.

Rudolf Eucken, Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung. Nr. 6131/32 von Reclams Universalbibliothek. Preis 3 Mk.

D. Neurat, Betriebsräteorganisation als Wirtschaftsorganisation. Verlagsgenossenschaft Neue Erde, Wien 7. Preis 2 Mk.







1. Betriebsrätekongress Deutschlands.

Berlin, 5. Oktober.

Am Dienstagvormittag 10 Uhr begann die Tagung des ersten Betriebsräte-Kongresses Deutschlands in der Neuen Welt in der Hafenseite. Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, eröffnete im Namen des geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa den Kongress. Er begrüßte die erschienenen Delegierten, die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, sowie die in- und ausländischen Gäste. Als Vertreter des Reichsanwalters ist der Staatssekretär Albert erschienen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Herren Dr. Berg und Dr. Platon entsandt. Für das preußische Staatsministerium ist Götthe und für das preußische Kultusministerium Woldt erschienen. Die Stadt Berlin hat ihren zweiten Bürgermeister Dr. Reide entsandt. Als Vertreter der schwedischen Regierung ist Jansson erschienen. Norwegen hat einen, Georgien zwei Vertreter entsandt. Der Schweizer Metallarbeiterverband ist durch Ropp vertreten. Die österreichischen Gewerkschaften haben ebenfalls drei Vertreter entsandt.

Graßmann trug vor, daß sich die Zahl der anwesenden Delegierten, die mit beschließender Stimme an dem Kongress teilnehmen, nicht feststellen läßt. Neben den Delegierten ist eine größere Zahl von Vertretern der deutschen Gewerkschaften mit beratender Stimme zugelassen. Graßmann betont, daß er gleich der Auffassung entgegengetreten möchte, daß die Gewerkschaftsvertreter den Kongress beeinflussen wollen.

Graßmann ging dann in ausführlicher Weise auf das Arbeitsgebiet, das der Tagung des Kongresses gestellt ist, ein. In erster Linie müsse beachtet werden, daß das Bestreben der organisierten Arbeiterklasse darauf gerichtet sei, mitbestimmend an der Faktor im Produktionsprozess zu sein, wenn die Freude am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht getrübt werden soll. Die höhere Entwicklung des Proletariats bedingt eine größere Beteiligung an der Gestaltung des Produktionsprozesses. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß die kapitalistische Willkür bei Besetzung des Arbeitsplatzes ausgeschlossen wird. Wenn die Gewerkschaften nur zum geringen Teil ihre Ziele verwirklichen konnten, so muß beachtet werden, daß neben dem Kampf mit dem Unternehmertum auch ein Kampf mit den wirtschaftsfeindlichen Organisationen zu bestehen war.

Die Revolution hat das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der eigenen Kraft gestärkt. Wenn den Arbeitern immer gesagt wurde: Nur Arbeit kann uns retten, dann sage ich: Jawohl, die Arbeiterschaft hat diesen Ruf aufgefaßt, sie verlangt aber, daß am Wiederaufbau der zerrütteten Wirtschaft alles mitarbeitete. Das Betriebsrätegesetz, das wollen wir hier mit aller Deutlichkeit aussprechen, hat niemand, dem es mit der Fortwärtstreue der Revolution Ernst ist, befriedigen können. Dessenungeachtet bringt es uns nicht vorwärts, wenn wir die Bestimmungen des Gesetzes nicht dazu benutzen wollen, die Position der Arbeiterschaft zu stärken. Das Gesetz kann trotz seiner Schwächen das Fundament bilden, auf welchem die Gewerkschaften arbeiten. In engen Anschluß an die Gewerkschaften müssen deshalb die Betriebsräte die ihnen durch das Gesetz zugewiesenen Funktionen ausüben. Schon jetzt kann man sagen, daß die Betriebsräte ein großes Stück Arbeit geleistet haben. Dies trifft auch besonders auf die Schaffung der Betriebsräte zu. Sie sind uns darüber klar, daß die Schaffung der Betriebsräte die nächste notwendige Arbeit ist, die wir leisten müssen, wenn wir die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische überführen wollen, wenn wir die Leitung der Produktion in die Hand nehmen wollen.

Weber die Kleinrenten, die die Betriebsräte zu leisten haben, dürfen sie niemals die ihnen zugewiesenen historischen Aufgaben vernachlässigen, sie müssen bewußt und planmäßig auf die Verwirklichung des Sozialismus hinarbeiten. Auf die Arbeiten dieses Kongresses schaut das gesamte Volk, aber auch das Ausland. Wenn die Zusammenkunft des Kongresses uns auch nicht in jeder Beziehung befriedigen kann, so stauben wir doch, mit unserem Wahlrecht zum Verfahren zu sein, wie es der gegebenen Situation entspricht. Jeder Teilnehmer des Kongresses möge bemerkt sein, bestehende Differenzen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form zum Ausdruck zu bringen, nur so wird es möglich sein, positive Arbeit zu leisten. In diesem Sinne heiße ich die anwesenden Delegierten und Gäste herzlich willkommen.

Graßmann teilt dann mit, daß die Leitung des Kongresses in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses bleiben soll, jedoch sollen aus den Reihen der Delegierten zur Ergänzung des Bureau zwei Vorsitzende und acht Schriftführer gewählt werden.

Sabrmeyer, Nürnberg beantragt zur Geschäftsordnung, daß das Bureau nur aus Delegierten zusammengesetzt werden soll. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu Vorsitzenden werden Graßmann (Gewerkschaftsbund) und Kuffhäuser (Afa) bestimmt. Von den Delegierten werden Hermann Heindens, Essen und Müller, Nürnberg als weitere Vorsitzende und als Schriftführer Förster, Potsdam, Schreiber, Hamburg, Giese, Breslau, Ehlers, Bremen, Rixmann, Landau, Böder, Hannover, Lang, Stuttgart und Kräusel, Mitrini, Zieh, Hamburg gewählt.

Koenig, Weisbach protestiert gegen die Zusammenkunft des Kongresses und stellt eine scharfe Erklärung der Onkosition Kuffhäuser, Berlin findet es elacnaria, daß sich schon vor der Tagung des Kongresses eine „Opposition“ gebildet hat, trotzdem noch nicht bekannt ist, in welcher Weise dieser Kongress arbeiten wird. Das von Koenig entworfene Bild beruht auf großen Teil auf jehrer Darstellung, da die anwesenden Zuhörer nicht stimmen. Den Vorwurf, daß der Bundesvorstand den Kongress beeinflussen will, welche er als völlig unbegründet zurück. Es liegt nicht im Interesse des Kongresses, wenn durch überflüssige Geschäftsordnungsdebatten die Tagung hinausgeschoben würde. Der Kongress hat dafür zu sorgen, daß die Betriebsräte aktionsfähig gemacht werden. Er wird deshalb darüber zu entscheiden haben, ob die Betriebsräte im engen Kontakt mit den Gewerkschaften arbeiten sollen.

Graßmann schlägt vor, sofort eine ständige Mandatsprüfungskommission einzusetzen. Es wird demgemäß beschlossen. Der vom Ausschuss vorgelegten Geschäftsordnung stimmt der Kongress ohne Debatte zu.

Graßmann schlägt dann im Auftrage des Ausschusses folgende Tagesordnung vor:

- 1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Referent: Rudolf Willell.
- 2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. Referent: Dr. Rudolf Hifferding.
- 3. Die Aufgaben der Betriebsräte. Referenten: Robert Dismann und Körnel.
- 4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. Referent: Prolat.

Störres, Düsseldorf beantragt in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung und der einheitlichen Einberufung des Kongresses zu allen Referaten einen Korreferenten zuzulassen. Dies lehnt der Kongress mit großer Mehrheit ab. Nimmt jedoch einem Antrag Graßmann zu, zum dritten Punkt der Tagesordnung dem ersten Diskussionsredner eine den Referaten angemessene Redezeit zu gewähren. Weiter wird beschlossen, daß der Kongress erst die beiden Referate Willell-Hifferding entgegennimmt und dann über beide Referate gemeinsam diskutiert.

Ein von Schaumburg, Berlin gestellter Antrag, nur die Delegierten zur Diskussion zuzulassen, wird gegen wenige Stim-

men abgelehnt. Dagegen stimmt der Kongress einem von der Fraktion der AFD. gestellten Antrag einstimmig zu, die in Berlin anwesende Delegation der russischen Gewerkschaften offiziell einzuladen.

Weiter wird beschlossen, daß namens des Kongresses die Regierung ersucht werden soll, die Einreiseerlaubnis für die in Sobotnik abgehaltenen russischen Gewerkschaftsvertreter nach Deutschland zu bekommen.

Der Kongress tritt dann in die eigentliche Tagung ein und es bekommt zu seinem Referat

Willell das Wort. Einleitend bemerkte er, daß er kein parteipolitisches Referat halten wolle, wie von einigen Seiten befürchtet worden ist. Ich stehe ja in keiner Parteiverammlung und werde mich deshalb bemühen, eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage zu geben, wo keiner etwas dagegen sagen kann. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat einen Tiefstand erreicht, wie wir in unsern trübsten Erwartungen es niemals vorausgesehen haben. Die augenblickliche Lage unserer Volksernährung befindet sich in einem beängstigenden Zustande. Die Ursachen dazu sind mannigfaltiger Natur. Die landwirtschaftlichen Uebersehungsgebiete des Ostens sind durch den Friedensvertrag verlorengegangen. Die uns verbleibenden Anbauflächen haben einen großen Prozentsatz ihrer Ertragsfähigkeit durch schlechte Bearbeitung, ganz besonders auch durch Mangel an den notwendigen Düngemitteln eingebüßt. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung drängt sich unsere Notlage zusammen, sondern auch die Beschaffung von Rohstoffen und die Bezahlung derselben bringen uns in bange Sorge. Die Textil- und Eisenindustrie ist von einem chronischen Rohstoffmangel befallen. Im Frieden hat Deutschland 46 Millionen Tonnen Eisenerze verhütet. Davon haben wir 36 Millionen Tonnen im eigenen Lande gewonnen, nur 10 Millionen Tonnen aus dem Auslande eingeführt. Durch den Rückgang der Produktion und durch die verlorengegangenen Gebiete wird es uns kaum möglich sein, selbst wenn wir unsere Produktion im laufenden Jahre um 50 Prozent steigern könnten, mehr als 4 1/2 Millionen Tonnen Kohleisen zu gewinnen. Wenn wir im verflochtenen Jahre noch 6 1/2 Millionen Tonnen verarbeiten könnten, so war es dem Umstande zuzuschreiben, daß wir das aus dem Kriege zurückgebliebene Eisenzeug (Granaten usw.) verwertet haben. Wir sind also gezwungen, Erze einzuführen, aber wir müssen sie bezahlen. Bei unserer zerrütteten Finanzwirtschaft, bei dem Tiefstand der Valuta wird uns das jedoch zur Unmöglichkeit. Bei Ausbruch der Revolution waren wir noch im Besitz von 2 1/2 Milliarden Goldmark. Im letzten Jahre haben wir 1 1/2 Milliarden Goldmark für Einfuhren aus dem Auslande bezahlt. Die Entnahme der Rohprodukte auf Kredit ist uns nur möglich, wenn wir uns von dem Auslande bewähren lassen. Wenn das Ausland unser Papiergeld annimmt und uns dafür Waren liefert, so verzehren wir schon jetzt, was wir erst später erzeugen sollen. Da dieser Zustand auf die Dauer ein unerträgliches ist, muß unsere Wirtschaftsform ausgebaut und umgestaltet werden. Trotzdem müssen wir uns schon heute darüber klar sein, daß in Deutschland noch lange Jahre hindurch Schmalhans Küchenmeister sein wird.

Willell ging dann auf die Finanznöte des Deutschen Reiches ein. Wir haben jetzt insgesamt etwa 300 Milliarden Reichsschulden. Dazu kommen die Staats- und Kommunalverschuldungen. Dazu kommen weiter die Verpflichtungen, die wir im Versailles Friedensvertrage übernommen haben. Wenn wir bezahlen, so können wir nur mit Waren bezahlen. Wenn man bedenkt, daß wir 1911, wo wir auf der Höhe unserer Industrien und landwirtschaftlichen Erzeugung standen, für etwa 13 Milliarden eingeführt haben, wovon 10 Milliarden durch Ausfuhr und die restierenden 3 Milliarden durch unsere Flotte und unsere Kolonien gedeckt wurden, so würde der gleiche Einfuhrbedarf, der aber in Wertigkeit viel höher ist, jetzt verdoppelt werden, da die Verteuerung der Auslandswaren mit 100 Prozent nicht zu hoch eingeschätzt ist. Diese 22 Milliarden müßten aber in Goldmark gezahlt werden, was nach Umrechnung der Valuta etwa 200 Milliarden Papiermark betragen würde. Wenn wir also nur soviel einführen wollten als 1911 unbedingt notwendig war, und der notwendige Bedarf doch jetzt ein bedeutend höherer ist, so müßten wir jetzt dafür statt 11 Milliarden 200 Milliarden zahlen.

Aus diesen kleinen Proben ist zu ersehen, daß es eine Unmöglichkeit ist, auf die Weise, wie bisher von der Regierung nach der Liquidierung des Krieges gewirtschaftet worden ist, weiter zu wirtschaften. Wir müßten es erleben, daß der Krieg, der große Ströme roten, warmen Menschenblutes flossen ließ, auf der anderen Seite im Inlande einen gleichenden Strom Goldes den Kriegsgewinnern zuströmen ließ. Diese Grundzüge der doppelten Moral haben zwar dazu geführt, das Schicksal des Krieges zu bejagen, können aber niemals dazu führen, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Es geht nicht an, daß in diesem zerrütteten Wirtschaftszustand nach wie vor unnütze Waren aus dem Auslande eingeführt werden, nur um die Taschen der Kapitalisten, die Taschen der Schieber zu füllen. Es sind die Folgen dieses kapitalistischen Prinzips, daß wir im Auslande für eine Tonne Weizen, die im Inlande 700 Mark kostet, 9000 Mark zahlen müssen. Und doch sind es die Träger dieses Systems, die den Arbeitern die hohen Löhne vorwerfen. Je höher die Exportlöhne steigen, um so mehr sinkt die Kaufkraft unseres Geldes, um so weniger ist es den Arbeitern möglich, auch nur ihren notwendigen Bedarf zu decken. Leider hat die Arbeiterschaft allgemein sehr wenig Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse. Das zeigt sich besonders in der von den Unternehmern eingereichten Petitionen auf Abschaffung der Ausfuhrabgabe, die sehr häufig von Betriebsräten vermittelt werden.

Willell weist dann auf einen Artikel in der Betriebsrätezeitung von Rathenau hin, in dem dieser nachweist, daß die Löhne der Arbeiter in Amerika um das Siebenfache höher sind als in Deutschland. Wenn wir also erkannt haben, daß in unserm Produktionsprozess schwere organisatorische Mängel vorherrschten, so haben wir als Sozialisten die dringende Aufgabe, zu erkennen, daß wir andere, bessere Wirtschaftsformen brauchen. Unsere heutige Wirtschaft ist unfähig, die Probleme zu lösen, die uns der Krieg aufgebürdet hat. Schon jetzt dümmert es in gewissen Kreisen, daß die freie Wirtschaft nicht dazu führen kann, das Elend zu mildern und unsere Volkswirtschaft zu heben. Aber auch die Bestimmungen über die Produktionsform und -Art dürfen nicht den Kapitalisten überlassen bleiben. Wenn den Arbeitern immer gesagt wurde, daß uns nur Arbeit retten könne, so müssen wir jetzt erleben, daß Betriebe über Betriebe geschlossen werden, trotzdem: Rohstoffe und Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind. Unsere Forderung auf Kontrolle der Betriebe, auf Kontrolle der Preisfestsetzung und besonders der Unternehmergewinne sind nur allzu sehr berechtigt. Hier muß der Betriebsrat einsehen, hier liegt das Arbeitsgebiet der Betriebsräte. Um diese Tätigkeit wirksam auszuführen, ist eine Schulung in durchgreifender Form für alle Betriebsräte erforderlich. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, daß die Betriebsräte das Elend unserer heutigen Wirtschaftslage in seiner ganzen Radikalität kennen lernen, damit sie daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen können. Nur von solchen Gesichtspunkten dürfen sich die Betriebsräte in ihrem Handeln leiten lassen. Es ist Aufgabe des Kongresses, die notwendigen Grundlagen und Richtlinien zur Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause eröffnet der Vorsitzende Kuffhäuser die Sitzung des Kongresses. Er begrüßt die inzwischen erschienenen russischen Gewerkschaftsleiter und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Gäste auf der Tagung des Kongresses einen Einblick in die

Bewegung der deutschen Gewerkschaften bekommen mögen. Der Führer der russischen Delegation, Losowski, hält dann eine längere Begrüßungsansprache, in deren Verlauf er über die Aufgaben und Tätigkeit der russischen Betriebsräte und Gewerkschaften eine Darstellung gibt. Er benützt die Gelegenheit, gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale schwere Vorwürfe zu erheben. Der Redner kommt zu dem Schluss, daß sich das deutsche Proletariat darüber klar sein müsse, daß es für die eigene Sache zu noch größeren Opfern bereit sein muß, als es bisher für Kapitalismus und Militarismus gebracht hat. Nur so könne an eine siegreiche Durchführung der Weltrevolution gedacht werden.

Der Vorsitzende Kuffhäuser stellt fest, daß der russische Genosse weit über den Rahmen einer Begrüßungsansprache hinausgegangen ist. Kuffhäuser stellte dann im einzelnen die gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen den internationalen Gewerkschaftsbund gemachten Vorwürfe richtig.

Schann erteilt Kuffhäuser Genossen Rudolf Hifferding zu seinem Referat über: Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung das Wort.

Genosse Hifferding führte aus: Wenn ich über die politischen und die ökonomischen Machtverhältnisse sprechen soll, so muß ich die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 9. November 1918 verfolgen. Der Zusammenbruch am 9. November traf die deutsche Arbeiterklasse völlig unvorbereitet. Sie war zur Uebernahme der Macht weder materiell noch geistig vorbereitet. Die ständige Entwicklung der Arbeiterbewegung brachte es mit sich, daß das sozialistische und revolutionäre Ziel in den Hintergrund gedrängt wurde und die Revolution in Gefahr brachte, in eine Lohnbewegung großen Stils auszuarten. Die Ausübung der politischen Macht wurde von den Arbeitern nicht im weitestgehenden Sinne durchgeführt, weil ein großer Teil für die Fortsetzung der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien eintrat. Ich betone, daß es nicht die alleinige Schuld einiger Führer, sondern auch die Schuld der Arbeiterschaft war, daß die politischen Machtpositionen nicht gehalten wurden. Auf diese Weise konnte die Sozialisierung nicht ermöglicht, das heißt, der Sozialismus nicht verwirklicht werden. Wir sehen heute das Proletariat und die Kapitalistenklasse wieder im Besitz sämtlicher politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen.

Die ökonomische Lage des Proletariats hat sich im Laufe der letzten Monate derartig verschlechtert, daß man sagen kann, daß die deutsche Arbeiterklasse die schlechtestbezahlte der Welt ist. Auf der anderen Seite hat die Kapitalistenklasse so gut wie nichts eingebüßt; sie ist im Gegenteil konzentrierter zusammengefaßt als je zuvor. Von den Maßnahmen der Nationalversammlung hat das Proletariat keinen Vorteil gehabt. Dies zeigt sich besonders bei den erlassenen Steuererlassen. Von den beschlossenen direkten Steuern ist außer dem Lohnabzug nichts zu spüren. Unsere Finanzwirtschaft treibt dem völligen Ruin entgegen. Hatten wir vor dem Kriege einen Geldumsatz von 4 Milliarden, so ist die Summe jetzt auf 72 Milliarden Mark gestiegen. Die Regierung wirtschaftet mit der Banknotendruckerei blind darauf los. Die notwendige Folge davon ist, daß die Kaufkraft unseres Geldes einen Tiefstand erreicht hat wie nie zuvor. Nach den amtlich herausgegebenen statistischen Zahlen stellt sich der durchschnittliche Ernährungsbedarf etwa auf 900 Mk. pro Monat, dem ein Durchschnittseinkommen von circa 570 Mk. gegenübersteht. Das bedeutet eine absolute Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse. So ist es möglich, daß zur Zeit des stärksten Warenbedarfes ein Konsumrückgang zu verzeichnen ist; die wertmäßige Bevölkerung ist mit den schlechten Löhnen nicht in der Lage, die allernötigsten Bedarfsartikel einzukaufen. An Hand einer Lohnstatistik der englischen Gewerkschaften zeigte der Referent, daß der englische Arbeiter etwa 3- bis 5mal so hoch entlohnt ist, wie der deutsche Arbeiter. Die Lebenshaltung des englischen Arbeiters sei auch dementsprechend. Im Gegensatz zu der Verelendung der Arbeiterklasse kann die Kapitalistenklasse ihren Profit und ihre Machtposition ausbauen. Wir brauchen nur an die Riesengewinne der deutschen Industrie zu denken, die uns in den bereits festeren Bilanzen vorgelegt worden sind. Die Personenzahl der Kapitalistenklasse mag abgenommen haben, aber die Macht dieser Klasse hat in Deutschland ganz gewaltig zugenommen. Um das Proletariat vor einer weiteren Verelendung zu schützen, müßte wir an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische Wirtschaft setzen. Sozialisierung bedeutet aber nicht Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, sondern die Ausschaltung der Kapitalistenklasse. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß wir die Kapitalistenklasse als Leiter der Produktion beschalten können und auf dem Wege der Verordnung oder durch organisatorische Maßnahmen die kapitalistischen Gesetze ausschalten können. Unser Wirtschaft kann nur gefunden, wenn eine Produktionssteigerung eintritt. Dazu ist notwendig, daß wir eine andere Produktionsform einführen, daß wir an Stelle der Profitwirtschaft Plan- und Bedarfswirtschaft setzen, das heißt, sozialisieren. Solange die kapitalistische Wirtschaftsform besteht, solange werden die kapitalistischen Preisgesetze nicht außer Kraft gesetzt werden. Wenn wir aber an Stelle der kapitalistischen Produktionsform die sozialistische setzen wollen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß es eine Notwendigkeit ist, die Verwirklichung des Sozialismus durchzuführen. Es ist die Frage zu lösen, ob die Arbeiterklasse über die ökonomische Energie verfügt, die zur Ausübung der politischen Macht notwendig ist. Für Deutschland und Westeuropa ist es eine Lebensfrage der Sozialisierung, daß der Fortgang der Produktion gesteuert

ist. Es ist aber auch weiter eine Utopie anzunehmen, daß zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse ein gemeinsames Band bestehen kann, daß auf paritätischer Grundlage der Aufbau der Wirtschaft vorgenommen werden kann. Was heißt denn Parität in diesem Fall? Auf der einen Seite steht die machtvolle und geschlossene Front der Unternehmer, auf der anderen Seite die oftmals gestörte Front der Arbeiterklasse. Parität bedeutet also weiter nichts als eine Verstärkung der Macht der Kapitalistenherren.

Wenn wir uns der Frage der Sozialisierung zuwenden, müssen wir uns erst darüber klar sein, welche Bedingungen für die Sozialisierung als Voraussetzung? Wenn ich sagte, daß für Westeuropa der Fortgang der Produktion gesichert werden muß, so einerseits darum, weil wir unsere Rohstoffe und andere lebensnotwendigen Artikel aus dem Ausland beziehen müssen, die wir nur mit Waren bezahlen können, andererseits weil im Inland im Austausch zwischen Stadt und Land der westeuropäische Bauer für seine Produkte reelle Werte verlangt. Bei uns liegen die Verhältnisse eben wesentlich anders als es in Ausland der Fall war. Es wird häufig gesagt, die Sozialisierung sei gleichbedeutend mit einem Rückgang der Produktion. Weiter wird auch gesagt, das Proletariat müsse erst einen schweren Leidensweg gehen. Genossen! Wer Gelegenheit gehabt hat, die Arbeiter an Hochöfen oder sonst in der Schwerindustrie bei ihren Arbeiten zu beobachten, der wird es verstehen, welche Wünsche diese Arbeiter haben müssen, wenn man ihnen sagt, daß sich diese Höhenqualen, die sie im kapitalistischen Produktionsprozess durchmachen, in der sozialisierten Wirtschaft noch verschärfen sollen. Es ist falsch, solche Wege zu gehen, und darum ist es notwendig, daß wir die Sozialisierung mit Hilfe der bestqualifizierten Arbeiter, wie Ingenieure und Techniker, mit allen Hand- und Kopfarbeiten planmäßig durchzuführen.

Darum ist es eine Lebensfrage der Sozialisierung, daß wir immer mehr die Angelegenheiten mit den Arbeiter-Gewerkschaften zusammenbringen. Wir wollen die Sozialisierung auf keinen Fall in die Form der Sozialisierung oder Bureaufiktionierung der Produktion bringen. Wir erstreben deshalb Selbstverwaltung

